

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 12. 12. 1989

## WORT UND WIDERWORT

### Kann eine Drogenfreigabe das Rauschmittelproblem lösen?

Die SPD-Landtagsfraktion lehne die Legalisierung von Drogen und Opiaten ab. Dadurch würde einer unübersehbaren Ausbreitung der Drogenabhängigkeit Vorschub geleistet, aber der beängstigend zunehmende Drogenhandel und die Drogenkriminalität nicht wirksam bekämpft. Erforderlich sei vielmehr ein Maßnahmenbündel, das unter anderem eine Neuorientierung von Rechtsvorschriften und Polizeitaktiken vorsehe und in dessen Mittelpunkt die Vorbeugung gegen die Drogensucht und eine menschliche Therapie für Drogenabhängige stehe. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Bodo Champignon**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** betont, eine Freigabe von Drogen könne das Rauschmittelproblem weder jetzt noch in Zukunft lösen. Die Erfahrung zeige, sinkende Preise für Rauschgift führten zu verstärktem Drogenkonsum, und für die Drogenmafia bleibe das Geschäft immer noch profitabel. Statt Drogenfreigabe fordere die CDU unter anderem Kampf gegen die Drogenmafia, Ausweisung ausländischer Drogenhändler (auch Asylanten) sowie für die Betroffenen mehr Entgiftung, Therapie und Nachsorge. Die F.D.P.-Abgeordnete **Marianne Thomann-Stahl** bekräftigt, Drogenfreigabe sei nur eine Scheinlösung, hinter der sich nichts anderes als ohnmächtige Resignation verberge. Der sowieso schon beängstigende Anstieg der Erstkonsumenten würde sich beschleunigen, die Zahl der Drogentoten würde sich vervielfachen. Drogenfreigabe wäre eine verantwortungslose Bankrotterklärung des Staates vor dem Drogenmißbrauch. (Seite 2)

### Wegen Trauerakts wurde Plenum um einen Tag verschoben Haushalt 1990 vor Verabschiedung

Wegen des Trauerakts für den ermordeten Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen, ist die ursprünglich für den vergangenen Mittwoch angekündigte Plenarsitzung um einen Tag verschoben worden. An der Trauerfeier im Frankfurter Dom nahm der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau teil.

Der Landtag begann daher erst am Donnerstag, 7. Dezember, mit der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 1990, die am Freitag, 8. Dezember, fortgesetzt wurde (Siehe Bericht in dieser Ausgabe). Weitere Themen sind in die Tagesordnung vor der Weihnachtspause eingefügt worden.

Am Mittwoch, 13. Dezember, wird sich das Parlament in einer Aktuellen Stunde mit der Unterstützung von Arbeitslosen, ferner mit dem Verfassungsgerichtshofsgesetz, Studienplatzwahl, Hochschulperspektiven, Studiendauer, Hochschulbibliotheken, Fremdenverkehr, Beendigung von Triple Five, Güterverkehrszentren, Änderung der Gemeindeordnung, Satellitenfernseh-Staatsvertrag, Heilberufsgesetz, Wasser-

sport und Unternehmerbild in Schulbüchern beschäftigen.

Am Donnerstag, 14. Dezember, folgt die dritte Lesung des Haushalts sowie die Aussprache über Strukturhilfe, Begrenzung von Staatsschulden und Informationstechnik.

## Die Woche im Landtag

### Deutschlandpolitik

Das Ringen um Deutschlandpolitik angesichts der Umwälzungen in der DDR kennzeichnete die zweite Lesung des Haushalts 1990. (Seite 3)

### DDR-Hilfe

Die Landesregierung soll über die einzelnen Schritte der Realisierung ihrer 20-Millionen-Hilfe für die DDR den Hauptausschuß informieren. (Seite 9)

### GSG 9

Warum die GSG 9 bei der Beendigung des Geiseldramas auf der Autobahn bei Siegburg nicht zum Zuge kam, schilderte vor dem Untersuchungsausschuß ein leitender Bundesgrenzschutzbeamter. (Seite 10)

### Gefahrguttransporte

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat das Problem verkehrsunsicherer Militärfahrzeuge der Alliierten auf bundesdeutschen Straßen aufgegriffen. (Seite 10)

### Baggerloch

Probleme hatten Krefelder Bürger mit unliebsamen Besuchern eines Baggerloches. Der Petitionsausschuß fand eine Lösung. (Seite 12)

### Sportstätten

Bei einem Erfahrungsaustausch waren sich Sportpolitiker und Sportverbände über die Notwendigkeit eines zweiten „Goldenen Plans“ für den Sportstättenbau einig. (Seite 13)



Stiller Teilhaber

Zeichnung: Nik Ebert (Rheinische Post)

## WORT UND WIDERWORT

# Im Mittelpunkt menschliche Therapie für Drogenabhängige

Von  
Bodo Champignon

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt die Legalisierung von Drogen und Opiaten ab. Dadurch würde einer unübersehbaren Ausbreitung der Drogenabhängigkeit Vorschub geleistet, aber der beängstigend zunehmende Drogenhandel und die Drogenkriminalität nicht wirksam bekämpft. Erforderlich ist vielmehr ein Maßnahmenbündel, das bei der Entwicklungshilfepolitik beginnt, eine Neuorientierung von Rechtsvorschriften und Polizeitaktiken vorsieht und in dessen Mittelpunkt die Vorbeugung gegen die Drogensucht und eine menschliche Therapie für Drogenabhängige steht.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fordert daher vom Bund ein bundesweites Aufklärungs- und Vorsorgeprogramm für Kinder und Jugendliche gegen den Drogentod, in der finanziellen Größenordnung der AIDS-Aufklärungskampagne. Daneben müssen schärfere rechtliche Bestimmungen den Zugriff auf Gewinne aus dem Drogenhandel möglich machen und die Geldwäsche unterbinden.

Im Bereich der harten Drogen bestärken uns die ersten Erfolge des Methadon-Projekts, mit dem Nordrhein-Westfalen die Vorreiterrolle in der Bundesrepublik übernommen hat, diese Therapie fortzusetzen.

### SPD: Aufklärung und Vorsorge haben erste Priorität

Der Bund und andere Bundesländer haben inzwischen erkannt, daß der von Nordrhein-Westfalen eingeschlagene Weg richtig gewesen ist. Jeder Einzelfall, in dem es gelungen ist, den Ausstieg aus Beschaffungsprostitution und Kriminalität und wieder ein normales Leben zu ermöglichen, ist schon ein Erfolg, der diese eng begrenzte Drogenfreigabe rechtfertigt.

Nordrhein-Westfalen hat ein besonderes Problem durch die Nachbarschaft zu den Niederlanden, wo die Drogenfreigabe anders gesehen wird als bei uns. Um so wichtiger sind Aufklärung und Vorsorge.

Nordrhein-Westfalen verfolgt die richtige Drogenpolitik, deren notwendiger Bestandteil das Festhalten an den Strafbestimmungen des Betäubungsmittelrechts ist. Wir haben damit Erfolge erzielt, auch wenn uns die Zahlen über neue Todesfälle von Drogenabhängigen immer wieder erschüttern. Drogenkriminalität ist ein internationales Problem, das wir in Nordrhein-Westfalen nicht lösen, sondern nur in seinen Auswirkungen begrenzen können. Deshalb bedarf es neben einer verbesserten Zusammenarbeit der Länder nachhaltiger Maßnahmen des Bundes und verstärkter internationaler Kooperation. Andernfalls lassen die drastischen Drogenbekämpfungsmaßnahmen der USA ein weiteres Ausweichen der Drogenmafia nach Europa befürchten.

Von  
Hermann-Josef Arentz

Eine Freigabe von Drogen, wie sie in den vergangenen Monaten von der SPD in Hamburg vorgeschlagen worden ist, kann das Rauschmittelproblem weder jetzt noch in Zukunft lösen. Der dahinterstehende Gedanke, durch Drogenfreigabe würden die Preise soweit sinken, daß die Drogenmafia ihr Interesse an diesem fürwahr mörderischen Geschäft verlieren könnte, ist falsch. Die Erfahrung zeigt im Gegenteil: Sinkende Preise für Rauschgift führen zu verstärktem Drogenkonsum — und für die Drogenmafia bleibt das Geschäft immer noch profitabel. Schlimmer noch als die Erfolgslosigkeit der Drogenfreigabe ist jedoch die Menschenverachtung, die hinter einer solchen Überlegung steckt. Wer Drogenfreigabe fordert, läßt den Drogenabhängigen im Stich und resigniert.

Wir wollen Drogenabhängige nicht aufgeben, sondern sie zu einem drogenfreien Leben hinführen. Drogen oder Ersatzdrogen sind keine Hilfe für den Abhängigen, auch wenn das oft mit Timbre in der Stimme als Menschlichkeit beschworen ist. Drogen oder Ersatzdrogen — wie z. B. das Metha-

### CDU: Drogenfreigabe löst nicht Probleme

don-Programm der Landesregierung NRW — sind nichts anderes als die klägliche Kapitulation vor der Drogensucht. Wohin Methadon-Programme letztlich führen können, zeigt die Methadon-Hochburg New York. Dort werden nicht nur 35 000 Abhängige mit Methadon versorgt. Dort gibt es gleichzeitig 250 000 Heroin-, 300 000 Kokain- und etwa eine Million Marihuana-Abhängige. Diese Zahlen zeigen: Drogenfreigabe, Drogentoleranz und Ersatzdrogen sind keine Lösung, sondern nur weitere Schritte ins menschliche Elend und in die Kriminalität.

Statt Kapitulation und Drogenfreigabe fordern wir:

- Kampf gegen die Drogenmafia durch bessere Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaften,
- Ausweisung ausländischer Drogenhändler (auch Asylanten),
- Beschlagnahme des Vermögens von Drogenhändlern,
- Verstärkung von Aufklärung und Vorbeugung an Schulen und in der Jugendarbeit,
- mehr Entgiftungsmöglichkeiten, Therapieplätze und Nachsorgeplätze.

Von  
Marianne Thomann-Stahl

Die Drogenabhängigkeit hat in der Bundesrepublik bereits eine beängstigende Dimension erreicht: Etwa 100 000 Mitbürger sind drogenabhängig; in diesem Jahr werden voraussichtlich 1000 Abhängige ihre Sucht mit dem Leben bezahlen.

Die Lebensperspektive von immer mehr jungen Menschen wird durch Drogen zerstört. Die F.D.P. ist deshalb der Auffassung: Im Vordergrund aller staatlichen Bemühungen muß der Schutz vor einer weiteren Ausweitung der Drogensucht stehen.

Eine Drogenfreigabe würde nur einigen von denen „helfen“, die bereits abhängig sind; trotzdem bliebe auch die Beschaffungskriminalität bestehen — weil viele, die ihre Sucht nicht zugeben oder in der Szene bleiben wollen, sich nach wie vor auf einem Schwarzmarkt versorgen würden.

Zudem würden auch die Rauschgiftkartelle nicht entscheidend getroffen. Die Milliardengewinne dieser Verbrechersyndikate sind leider längst in vielen anderen — illegalen wie zunehmend auch legalen — Bereichen investiert.

Für die Freien Demokraten steht fest: Die Legalisierung von harten Drogen ist ein untaugliches Mittel im Kampf gegen Drogensucht und -kriminalität.

Auch die Freigabe sogenannter „weicher“ Drogen zielt allein auf die Entkriminalisie-

### F.D.P.: Freigabe wäre ein verantwortungsloser Bankrott

rung der Besitzer, würde aber den Einstieg in den Drogenkonsum erleichtern. Die F.D.P. ist der Auffassung: Die Beschaffung von Drogen sollte so sehr wie nur irgend möglich erschwert und gesellschaftlich geächtet werden.

Drogenfreigabe ist also nur eine Scheinlösung, hinter der sich nichts anderes als ohnmächtige Resignation verbirgt. Der sowieso schon beängstigende Anstieg der Erstkonsumenten würde sich beschleunigen, die Zahl der Drogentoten würde sich vervielfachen. Drogenfreigabe löst keine Probleme, sondern vergrößert sie. Sie wäre eine verantwortungslose Bankrotterklärung des Staates vor dem Drogenmißbrauch.

So vielfältig die Ursachen für Drogensucht sind, so vielfältig müssen auch die Abwehrmaßnahmen sein — die Aufklärungskampagnen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen müssen noch intensiviert, das Beratungs- und Betreuungssystem für Abhängige muß weiter ausgebaut werden. Eltern sollten ihr eigenes Suchtverhalten kritisch unter die Lupe nehmen (Alkohol, Nikotin, Tabletten). Auf internationaler Ebene muß die Zusammenarbeit von Polizei und Zoll weiter verstärkt werden. Illegale Gewinne aus dem Drogengeschäft sollten eingezogen werden können. Um Ängste von Drogenabhängigen abzubauen, sollte hauptamtlichen Mitarbeitern von staatlich anerkannten Drogenberatungsstellen ein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht eingeräumt werden.

## „Wir in Nordrhein-Westfalen haben Alfred Herrhausen viel zu verdanken“

Zu Beginn der Plenarsitzung am 7. Dezember erhoben sich die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen von ihren Plätzen, um des bei einem Bombenattentat getöteten Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, zu gedenken. Landtagspräsident Karl Josef Denzer würdigte in einer Rede den Verstorbenen mit folgenden Worten:

„Von tiefer Trauer bis zu blankem Entsetzen reichen in diesen Tagen die Empfindungen und Gefühle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes angesichts des hinterhältigen und feigen Mordes an dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen. Für den Landtag Nordrhein-Westfalen möchte ich unseren Abscheu und unsere Empörung zum Ausdruck bringen, die diese Mordtat bei allen von uns hervorgerufen hat. Unser Mitgefühl gilt jetzt Frau und Kindern des Opfers. Wir trauern mit ihnen um den schweren Verlust, den sie erlitten haben. Wir alle bleiben aufgefordert, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um solche Taten zu verhindern, obwohl wir wissen, daß unsere Mittel beschränkt sind.



Landtagspräsident Karl Josef Denzer

Mit vielen Bürgerinnen und Bürgern im Lande Nordrhein-Westfalen trauern wir um Alfred Herrhausen, der hier seinen beruflichen Werdegang begann und der in bedeutenden Unternehmen unseres Landes tätig war. Daß er ein Kind des Ruhrgebiets war, dem er zeit seines Lebens verbunden geblieben war, zeigte nicht zuletzt sein Engagement im „Initiativkreis Ruhrgebiet“, der sich zum Ziel gesetzt hat, bei der Beseitigung der Probleme dieser Region in besonderer Weise zu helfen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben Dr. Alfred Herrhausen viel zu verdanken. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.“

## Entwicklung in der DDR prägt Haushaltsdebatte

### CDU: „Der Sozialismus ist am Ende“ SPD warnt vor Bedingungen für Hilfen

Zu einer lebhaften deutschlandpolitischen Debatte nutzten die drei Landtagsfraktionen am 7. Dezember den Beginn der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs des Landeshaushalts 1990 und des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1990. Für die CDU verlangte Dr. Helmut Linssen, die SPD solle ihr gemeinsames Papier mit der SED zurückziehen, sie habe „lange genug Freundlichkeit zu den Unterdrückern“ gezeigt, anstatt sich mit den Unterdrückten zu verbrüderern. SPD-Sprecher Jürgen Büssow hielt der CDU die „Sprache von Besatzern“ vor, die Union verlange den „Kotau der DDR-Bürger vor dem Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik“. Für seine Partei gebe es nur eine europäische Antwort auf die deutsche Frage und nur eine Einheit Deutschlands innerhalb einer europäischen Friedenslösung. Die Notwendigkeit von Bedingungen für die wirtschaftliche Hilfe an die DDR unterstrich der F.D.P.-Sprecher Hagen Tschoeltsch: Man müsse verhindern, daß Gelder in ein Faß ohne Boden gepumpt würden. Mit diesen Bedingungen wolle man der DDR nicht die eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen aufzwingen, sondern positive Ergebnisse sicherstellen. Ministerpräsident Rau wies die Vorwürfe zurück: Das Bild, das die CDU von der SPD zeichne, habe mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Dr. Helmut Linssen (CDU) dankte ausdrücklich den Menschen, die dem Sozialismus davongelaufen seien und die Freiheit gewährt hätten und jenen Bürgerinnen und Bürgern, die drüben in einer friedvollen Revolution gegen ein menschenverachtendes bonzokratisches System angeschrien und demonstriert haben: „Beide Gruppen verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung, ja unsere Bewunderung“. 40 Jahre Teilung hätten das Gefühl der Menschen, daß sie zusammengehören, ein Volk sind, nicht absterben lassen. Die Entwicklung für Freiheit und Einheit, für Einheit in Freiheit sei an zwei Daten festzumachen, am 9. November und an dem Tag, an dem der Bundeskanzler seinen Zehn-Punkte-Vorschlag dem Bundestag unterbreite, am 28. November. Außer den Grünen hätten alle Fraktionen diesem Vorschlag zugestimmt; „aber — auch das ist bekannt — die Sozialdemokraten kippten schon nach wenigen Stunden weg“. Die SPD befinde sich in der Deutschlandpolitik auf einem „Schlingerkurs“, ihre führenden Repräsentanten seien mal für das eine, mal für das andere: „Wofür ist eigentlich Johannes Rau“, fragte Linssen und forderte den stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden auf, das gemeinsame Papier von SPD und SED aufzukündigen. Wenn es nach einem anderen stellvertretenden Vorsitzenden, Oskar Lafontaine, gehe, dann „wären die Bürger der DDR nicht mehr unsere Landsleute, sie wären Ausländer, potentielle Asylanten geworden“. Lafontaine sei es, der „in Stammtischmanier unsere Landsleute von den gefüllten Sozialtöpfen der Bundesrepublik abhalten will“. Er, der saarländische Ministerpräsident, habe „sich inzwischen jedenfalls die Ehrenmitgliedschaft bei den Republikanern weiß Gott verdient“, erklärte der Sprecher und betonte erneut, „der Sozialismus ist gescheitert, der Sozialismus ist tot“. Er habe „nichts anderes zustande gebracht als eine neue Form feudaler Bonzenwirtschaft, als die Unterdrückung der Menschen, als ihre wirtschaftliche Verelendung“. Es bestehe Einigkeit darüber, daß der DDR geholfen werden müsse; wer aber vorschläge, zu diesem Zweck auf die dritte Stufe der Steuerreform zu verzichten, der zeige, wandle sich Linssen an Ministerpräsident Rau, wie wenig Ahnung er von Wirtschaftspolitik habe. Linssen wörtlich: „Nichts hilft unseren Landsleuten in der DDR besser

als eine wirtschaftlich florierende Bundesrepublik.“ Die soziale Marktwirtschaft sei weltweit auf dem Vormarsch und das System der Planwirtschaft auf dem Rückzug. Um den Übergang zu gewährleisten, dürfte man nicht polnische oder sowjetische Fehler wiederholen, man solle nicht bevormunden, sondern müsse im Wortsinn hilfreich sein. So schnell wie möglich müsse das Wohlstandsgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR abgebaut werden, „sonst werden Hunderttausende von Landsleuten nicht in der DDR bleiben, sondern in die Bundesrepublik überwechseln“. Linssen regte an, in den nächsten sechs Monaten bilaterale Expertenteams zu bilden, die ein Programm zur Überleitung der Wirtschafts- und Sozialordnung erarbeiten und nannte dazu Eckpunkte.

Jürgen Büssow (SPD) meinte zu seinem Vorredner, dessen Beitrag habe gezeigt, daß geschichtliche Prozesse die Beteiligten nicht nur überwältigen, sondern auch überfordern könnten. Jetzt brauche man Beurteilungsmaßstäbe für das politische Handeln, etwa den, daß „die deutsche Politik den Frieden in Europa nicht mehr gefährden wird“. Er erinnerte daran, daß die Ostpolitik Brandts und Scheels durch die Anerkennung der Grenzen die Bundesrepublik zu einem geachteten Partner in der Weltpolitik gemacht habe. „Der Schlüssel für ein Zusammenwachsen von West- und Osteuropa liegt in der Anerkennung der polnischen Westgrenzen“, das solle die CDU zur Kenntnis nehmen. Bei seinem Zehn-Punkte-Vorschlag habe sich der Kanzler weder mit den europäischen Nachbarn noch mit seinem Koalitionspartner abgestimmt, die Koalition sei in der Deutschlandpolitik „zerrissen“. Büssow wies darauf hin, daß die Politik Gorbatschows die Reformbewegungen ermöglicht habe, darum sei die Politik der Bundesregierung auch daran zu messen, „ob sie den Reformkurs Michail Gorbatschows stabilisiert (...) oder ob die Politik Gorbatschows durch kurzatmige und auch nationalistische Maulfechtereien in Europa — insbesondere in der Bundesrepublik — gefährdet wird“. Der zweite Leitgedanke müsse die Unterstützung der Freiheitsbewegungen in Osteuropa sein, fuhr Büssow fort, man habe den freien Willen der Bürger in der DDR, ihren eigenen Weg zu gehen, zu achten  
Fortsetzung Seite 4

ten und zu unterstützen. In welche Richtung der Demokratisierungsprozeß gehe, werde man wohl erst nach den ersten freien Wahlen genau erfahren. Unionsäußerungen, in denen Hilfen für die DDR von der Einführung der Marktwirtschaft und der Kapitalisierung der DDR abhängig gemacht würden, seien „kleinkrämerisch und erbärmlich“.

Wenn die CDU sage, dem Sozialismus liefen die Menschen weg, dann arbeite sie mit alten Slogans, die abgegriffen und historisch verbraucht seien. Die SPD fürchte nicht die deutschlandpolitische Debatte, hier im Lande sei schon ein Anfang gemacht worden, die Menschen in Deutschland einander näher zu bringen, etwa durch die Ergänzungsvorlage für DDR-Hilfen und den Milliarden-Bürgschaftsrahmen zur Risikoabsicherung für Unternehmen aus dem Lande. Büssow fuhr fort: „Deutschlandpolitik ist heute praktisch vor allem auch Ländersache geworden.“ In der heutigen Situation seien die Direktkontakte zwischen Bundesländern und Bezirken, zwischen Städten und Gemeinden in Ost und West unerlässlich. Ein funktionierendes Netzwerk menschlicher

machte der Politiker „eine persönliche Bemerkung“. Er sei selbst betroffen. Seine Geburtsstadt sei Breslau in Schlesien. „Trotzdem sage ich, wir dürfen diese Grenze nicht in Frage stellen.“ Für die DDR laute die Kernfrage: Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft. Zur Wirtschaftshilfe sagte er, die Voraussetzungen müßten in der DDR selbst geschaffen werden. Es seien Bedingungen erforderlich, nicht um der DDR „unsere wirtschaftlichen Vorstellungen aufzuzwingen“, sondern um positive Ergebnisse zu erzielen. Man wolle den Bürgern der DDR helfen, daß sie den Anschluß an den Lebensstandard in der Bundesrepublik fänden. Privates Kapital sei gefragt.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in NRW meinte Tschoeltsch, sie habe ohne Zweifel Anschluß an die Entwicklung in der Bundesrepublik gefunden. Dennoch gebe es noch viel zu tun. Das Mikat-Gutachten weise auf eine Fülle von Strukturproblemen hin. Zur Beschäftigungspolitik sagte der Abgeordnete, die F.D.P. fordere eine Auflockerung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit und die Zulassung privater

in der DDR gewesen“. Man habe das unter anderem mit dem SPD/SED-Papier zu begründen versucht. „Ich kann Ihnen heute eine Reihe von führenden Leuten in Reformgruppen nennen, die uns dafür gedankt haben, daß dieses Papier zustande gekommen ist und weil sie es bei ihren Verhören und Gesprächen vorweisen konnten.“ Rau machte deutlich, die zehn Punkte, die der Bundeskanzler vorgetragen habe, fänden seine Zustimmung. Ein Teil dieser Punkte sei bei der Premiere in Bonn nicht neu gewesen, denn er habe sie hier in der Regierungserklärung bereits vorgetragen. Er bekräftigte, er wolle die deutsche Einheit. Dankbar zeigte er sich dafür, daß Bundeskanzler Dr. Kohl im wesentlichen die Deutschland- und Ostpolitik fortgesetzt habe, die Willy Brandt begonnen und Helmut Schmidt weiterentwickelt habe. Der Ministerpräsident bekräftigte, daß es in der Frage der deutschen Staatsbürgerschaft keine Spielräume gebe. Die Frage könnte anders beantwortet werden bei einer künftigen Föderation oder Konföderation. Dies werde gerade geprüft. „Wir gehen in aufregende Zeiten“, sagte er.

Ein paar Dinge könne man schon jetzt tun: Angesichts der Tatsache, daß es gegenwärtig überhaupt keine Anhaltspunkte für eine militärische Bedrohung der Bundesrepublik und der DDR gebe, könne man zum Beispiel endlich für wenigstens ein Jahr die Tieffliegerei über beiden deutschen Staaten aufgeben. „Wir könnten damit einen Weg gehen, der den Menschen nützt“, betonte der Regierungschef.

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) begrüßte die Erklärung Raus zum Zehn-Punkte-Programm. Er sei selbst der Überzeugung, daß es dem Bundeskanzler wirklich in einer ungewöhnlich gereiften, mit Augenmaß aufgearbeiteten Erklärung gelungen sei, das Ziel zu formulieren und den Weg dorthin so zu beschreiben, daß von „Besatzpolitik“ nun wirklich nicht die Rede sein könne. Zur deutschen Einheit sagte Klose: „Lassen wir doch den Menschen in der DDR mit dem von uns allen ja immer wieder betonten Selbstbestimmungsrecht die Freiheit zu entscheiden, ob sie mit uns wiedervereinigt werden wollen.“ Er glaube, die Antwort werde sehr deutlich ausfallen. An Rau und die SPD richtete er die Aufforderung, die Frage zu beantworten, was nun wirklich substantiell „demokratischer Sozialismus“ sei. Ebenso sei zu beantworten, „was wir unter freier und sozialer Marktwirtschaft verstehen, weil auch darauf eine Antwort verlangt wird“, sagte der Abgeordnete. Er setzte sich abschließend für die Freilassung der politischen Gefangenen in der DDR ein. Eine Amnestie für alle diejenigen, die bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt seien, reiche nicht aus. Es sei notwendig und müsse zu der Amnestie hinzukommen, daß diejenigen, die verurteilt worden seien, auch rehabilitiert würden, daß rechtswidrige Urteile aufgehoben würden.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) kritisierte den saarländischen Ministerpräsident Lafontaine (SPD), der gemeint habe, das „böse Wort vom vierten Reich“ in die Diskussion einbringen zu müssen. Wer so leichtfertig über die deutschen Dinge rede, der begehe Unrecht an seinem eigenen Volk. Es gehe nicht um das vierte Reich, sondern es gehe um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Der Abgeordnete bemängelte ferner, man sollte nicht aus Vermerken



Sorge um die Einheit: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Jürgen Büssow (SPD), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schüler

Kontakte und Hilfeleistungen sei erforderlich. Gerade der kommende Winter werde angesichts der Versorgungslage in der DDR zur „Nagelprobe“. Innen- und deutschlandpolitisch sei derzeit Nordrhein-Westfalen ein Gegengewicht zu den Bonner Verhältnissen, betonte Büssow.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) unterstrich, der 9. November habe mit einem Schlage die Situation in Europa verändert. An der Nahtstelle zweier Militärblöcke werde in der DDR und in der Bundesrepublik in den nächsten Wochen und Monaten entschieden, wie das künftige Europa aussehen werde. „Die Entscheidungen fallen nicht in Moskau, London, Paris oder Washington; die Entscheidungen fallen in Bonn und Berlin. Dort werde die deutsche Frage entschieden, nirgendwo sonst!“, sagte der Abgeordnete. In dieser Situation sollte kein Platz für kleinkariertes Parteienganz sein. Für seine Fraktion gab Tschoeltsch zu Protokoll, diese betrachte den vom Bundeskanzler im Bundestag am 28. November 1989 vorgetragenen Plan zur Deutschlandpolitik, die dazu abgegebenen Erklärungen von CDU/CSU, F.D.P. und SPD und den breiten Konsens im Bundestag als Chance, die Einheit des deutschen Volkes zu verwirklichen, wie sie das Grundgesetz aufbehalte. Zur polnischen Westgrenze

Vermittlungsinitiativen. Pauschale Arbeitszeitverkürzungen seien nicht zur Lösung struktureller Probleme am Arbeitsmarkt geeignet. Mit Bedauern stellte Tschoeltsch fest, daß sich SPD und Landesregierung auf dem Gebiet der Privatisierungspolitik keinen Millimeter bewegten.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) hielt dem CDU-Politiker Linssen vor, er habe ein Bild der SPD-Politik gezeichnet, das mit der Wirklichkeit aber auch nichts zu tun habe. Linssen werfe ihm vor, er habe Herrn Krenz getroffen, sagte Rau. „Das habe ich, als er Staatsratsvorsitzender war. Da bin ich völlig identisch mit Kanzleramtsminister Seiters.“ Überhaupt nichts halte er davon, hier eine Liste derer bekanntzugeben, die sich mit Herrn Schalck getroffen und mit ihm Kredite für die DDR ausgehandelt hätten. Er habe Herrn Honecker oft getroffen und mit ihm politische und humanitäre Fragen erörtert. Ähnliches habe der gegenwärtige Bundeskanzler getan. Also eine Deutschlandpolitik à la carte, eine Deutschlandpolitik, bei der man sich jetzt heraussuche, was dem eigenen Vorteil diene, würden die Menschen in der Bundesrepublik nicht annehmen, schloß der Regierungschef und fuhr fort, es sei der Eindruck erweckt worden, „wir seien Kombattanten der Marxisten

erfahren, daß das Land Brandenburg das künftige Partnergebiet für NRW werden sollte. So etwas sollte gemeinschaftlich diskutiert werden. Zur Wissenschaftspolitik sagte Schultz-Tornau, die F.D.P. werde noch einmal die Forderung erheben, den vollkommen durchlöcheren sogenannten Strukturplan 2001 zurückzuziehen.

**Christa Thoben** (CDU) hielt der SPD vor, sie entfalte in Richtung Osten einen Begriffskrieg, der die Solidarität der Deutschen mit den Deutschen im anderen Teil „unseres Vaterlandes“ gefährde. „Das scheint auch Ihre Absicht zu sein“, meinte die Abgeordnete. „In allem Ernst“, erklärte sie weiter, die Menschen drüben bewege die erstmalige Chance, eine freiheitliche Reform mit all den Rechten, „die wir selbstverständlich haben“, zu erreichen. „Uns bewegt hier die Frage, ob wir verhindern können, daß weitere Schritte, zum Beispiel in einem Land wie Nordrhein-Westfalen ordnungspolitisch in eine andere Richtung gehen“, folgerte Frau Thoben. Es gebe nicht wenige im Land, die sagten, die Wirtschaftsförderung sei in einem derart chaotischen Zustand, daß der Willkür Tür und Tor geöffnet sei. Mit dem Ergebnis, daß politischer Druck der mit absoluter Mehrheit regierenden SPD Förderanträge mit Zuschlägen versehe, die unter normalen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der Richtlinien nicht paßten. Die CDU sage, das seien Entwicklungen zu Formen des totalen SPD-Staates.

**Joachim Westermann** (SPD) stellte fest, die wirtschaftliche Lage in NRW sei so gut wie in den letzten zehn Jahren nicht mehr. Besondere Freude habe man darüber, daß bei der Umstrukturierung des Ruhrgebiets deutliche Fortschritte gemacht worden seien; das sei der Zukunftsinitiative Montanregionen zuzuschreiben, für die das Land von 1988 bis 1991 knapp 1,6 Milliarden Mark aufgewandt habe, das seien 70 Prozent und damit der Hauptanteil. Die guten Erfolge mit diesem Instrument habe die SPD bewogen, diese Initiative landesweit auszudehnen, da die neuen Formen der Kooperation, der Dezentralisierung der Entscheidung und der Konsensfindung vor Ort zu einem investitionsfreudigen Klima geführt haben. Diese freiwillige Kooperation als „Strukturbeiräte“ zu difamieren, wie es die CDU tue, diskreditiere die Arbeit der Verantwortlichen vor Ort, die Union solle damit aufhören, forderte Westermann und nannte die Behauptung „Hochstapelei“, die Erneuerung des Landes sei in erster Linie über die Bonner Strukturhilfen bewerkstelligt worden. Zu den DDR-Hilfen unterstrich der Sprecher, daß ein Teilbetrag der dritten Steuerreformstufe durchaus in der Lage wäre, „deutliche Impulse für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der DDR zu leisten“. Wer hier mit einem Soforthilfeprogramm fertige Konzepte wie ein Lehrmeister auf den Tisch lege, der sei arrogant. Die Menschen in der DDR hätten 40 Jahre an ihrem System gearbeitet, das könne man nicht mit einem Soforthilfeprogramm von heute auf morgen verändern. Dieser Begriff sei falsch und widersprüchlich.

**Dr. Ottmar Pohl** (CDU) betonte, der Ministerpräsident habe hier die Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik geschworen und sich gegen das Gift der Unterstellung gewehrt. Dann hätte er allerdings auch gerne gehört, daß der Ministerpräsident von

Irrtümern gesprochen hätte, die von seinen Parteifreunden und von ihm selbst in den vergangenen Jahren getätigt worden seien. Der Abgeordnete nannte als Beispiel die von NRW in den beiden letzten Jahren finanziell nicht mehr unterstützte Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Aufzeichnung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR mit Sitz in Salzgitter. Pohl erinnerte daran, gerade in diesen Tagen gingen doch die Mitbürger in der DDR auf die Straße, um mit Gewalt den Staatssicherheitsdienst daran zu hindern, Akten zu vernichten, damit man Menschenrechtsverletzungen nachweisen könne. „Und diese Landesregierung hat sich geweigert, das gewaltlose Aufzeichnen von Menschenrechtsverletzungen bei der Staatsanwaltschaft Salzgitter zu finanzieren“, schloß der Politiker.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erklärte zu CDU-Vorwürfen, er habe für einen Geschichtswettbewerb der Jungsozialisten „Verwehte Spuren“ die Schirmherrschaft übernommen und auf einem Privatbogen, auf dem auch stehe „Der Innenmini-

Wohnungssuchenden in der Bundesrepublik fragte der Abgeordnete, ob eine Gesellschaft das dulden und zulassen oder gedankenlos daran vorbeigehen könne. Ob sie das dürfe, ohne Freiheit und Demokratie zu gefährden? Seine Antwort: Sie darf es nicht.“

*(Damit war die Schwerpunktdenkebeate zur Deutschlandpolitik beendet. Ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Förderung des Wohnungsbaus wurde abgelehnt, der Einzelplan 02 „Ministerpräsident und Staatskanzlei in zweiter Lesung angenommen.“)*

## Stellenpläne

**Leo Dautzenberg** (CDU) sagte, auch beim Personaletat und den Stellenplänen 1990 zeige sich eine große Diskrepanz zwischen Anspruch der Landesregierung und Wirklichkeit. Bereits 1989 habe man festgestellt, daß die gesamte Stellenplansituation eine



Deutsche Zukunft: v.l. Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Christa Thoben (CDU) und Joachim Westermann (SPD).  
Fotos: Schüler

ster“, dafür geworben. Das werde von der CDU als die Verbindung von Staat und SPD im NRW angeprangert. Das sei geradezu unglaublich läppisch.

**Reinhold Trinius** (SPD) richtete die Aufforderung an die CDU, mit der Lebenslüge von einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 Schluß zu machen, oder sie treffe all die Bewegungen, denen es um Freiheit und Einheit gehe, ins Mark. „Sie müssen endlich ein deutliches Wort reden“, sagte der Abgeordnete. Unter Hinweis auf den „Dreh- und Angelpunkt“, jenen 9. Oktober in Leipzig und die 70000 Leipziger, die die Kraft gehabt hätten zu demonstrieren, betonte Trinius: „Glauben wir, wir hätten das Recht, diesen Menschen gegenüber auch nur eine einzige Bedingung zu stellen?“ Diese Menschen wußten, was Freiheit und Demokratie heiße. „Daran werden sie festhalten.“ Der Abgeordnete folgerte, sie verstünden inzwischen vielleicht sogar mehr von Demokratie als wir. Er regte dann an, nachzudenken, wie das weitere Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten so gestaltet werden könne, daß dabei die Sicherheitsinteressen in Westeuropa, in Süd- und Nord-, insbesondere in Osteuropa nicht gefährdet, sondern gefördert würden. Zu den Arbeitslosen und

Mogelpackung der Landesregierung darstelle. Dies könne man für 1990 wiederum unterstellen. Im Gesamtpersonaletat habe man im Entwurf des Haushalts 1990 gegenüber 1989 ein Stellensoll von minus 543 gehabt. Durch die Ergänzungen der Landesregierung zum Haushalt 1990 habe man jetzt gegenüber dem Haushalt 1989 plus 296 Stellen saldiert. Das sei die tatsächliche Zahl der neugeschaffenen Stellen. Was man habe, sei eine Stellenausweitung in verschiedenen Ressorts. Im Jahre 1989 sei mit der Gründung einer neuen Abteilung für Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Staatskanzlei eine Selbstbedienung betrieben worden, wie sie sich in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen nicht wiederfinde.

**Ernst Walsken** (SPD) meinte, der Haushalt 1990 sei in der Tat gekennzeichnet durch das größte geschaffene und gesicherte Arbeitsvolumen in einem Umfang, wie man es in dieser Legislaturperiode noch nicht erlebt habe. Es gebe insgesamt 2600 neue Stellen. Es fielen rund 4500 Wegfallvermerke weg und es würden durch die Abschaffung der Wiederbesetzungssperre Kapazitäten von insgesamt 2500 Stellen der Landesverwaltung zur Verfügung gestellt. Das bedeute eine Sicherung und Erweite-

zung des Arbeitsvolumens um insgesamt 10 500 Stellenwerte, eine geradezu gigantische Zahl angesichts der Sparzwänge, denen man in den letzten Jahren unterlegen habe. Dies bedeute, daß der Personalhaushalt in der finanziellen Dimension um rund eine halbe Milliarde Mark wachse. Die Möglichkeiten der Personalpolitik dieses Landes seien in der Tat in diesem Haushaltsplan bestens berücksichtigt. Die Zusage der öffentlichen Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen nämlich mehr Arbeitsplätze zu schaffen, habe in NRW eingehalten werden können.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) sagte, die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre, die von der F.D.P. seit drei Jahren immer wieder verlangt und von der SPD in den letzten drei Jahren immer wieder abgelehnt worden sei, werde nun endlich am 1. Januar 1990 eingeführt. „Wir freuen uns, daß die SPD unseren Argumenten endlich gefolgt ist“, betonte der Abgeordnete. Doch mit der Beibehaltung der Beförderungssperre sei das natürlich wieder ein Rückschritt.“ Sie haben mit der Aufhebung der Stellenbesetzungssperre Angst vor der eigenen Courage bekommen“, folgerte Dorn.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) sagte, der Wegfall der Stellenbesetzungssperre schaffe eindeutig mehr Arbeitskapazität. Das könne sich nur nicht im Stellenplan niederschlagen. Auch die Einstellungsermächtigungen schufen mehr Kapazität und sie würden sich nach drei Jahren im Haushalt niederschlagen, wenn die Planstellen veranschlagt seien. Aber die Arbeitskräfte seien jetzt da. Nur schlage sich das auch nicht im Stellenplan nieder — genauso auch der Wegfall der kw-Vermerke. „Ich meine also: Wenn man hier redlich miteinander umgeht, dann muß man das auch so genau beim Namen nennen“, sagte der Minister. Er berichtete ferner, daß die Stellenbesetzungssperre, die für sich allein etwa 120 Millionen Mark bringe, jetzt wegfallen, habe auch etwas damit zu tun, daß zu Beginn der 90er Jahre eine große Fluktuation im Personalbereich einsetze. Dann werde es schwer erträglich, die Stellenbesetzungssperre noch zu halten.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD), der nach eigenen Angaben mit 9,135 Milliarden

Mark die höchste Personalkostenquote des Landeshaushalts 1990 hat, nahm zur Frage der Aufstockung der Religionslehrer Stellung. Die Lehrkräfte, die man für Religionsunterricht eingestellt habe, habe man deswegen nicht mit voller Stundenzahl beschäftigt, weil erstens zu Anfang gar keine Stellen, sondern nur Geld dagewesen sei und zweitens, weil keinem Menschen normalerweise oder gar auf Dauer zuzumuten sei, 24, 26 oder 27 Stunden Religion pro Woche zu erteilen. Deswegen seien sie teilzeitbeschäftigt auf Dauer. Worum es gehe, sei die Aufstockung mit ihrem zweiten Fach. Man werde sie auf volle Stellen aufstocken und ihnen zumuten, mindestens ein Jahr voll Religionsunterricht zu erteilen.

## Innere Sicherheit

*Zu einer bilanzierenden Abrechnung mit der Politik des Innenministers in den letzten Jahren nutzten Oppositionssprecher die Lesung des Einzelplans 03. Bei der Schlußabstimmung wurde der Etat des Innenministers angenommen, ein Änderungsantrag der CDU (Drs. 10/4981, Stellen für den Polizeidienst) abgelehnt.*

**Heinz Paus** (CDU) nannte die Bilanz negativ, die Polizei sei hoffnungslos überlastet und in vielen Bereichen nur noch Verwalter der Kriminalität. Das liege an der mangelnden personellen Ausstattung und an der Frustration vieler Beamter, die sich unterbezahlt sähen. Paus mahnte erneut ein Zukunftskonzept für die Polizei des Landes an und warf dem Minister und der Landesregierung mangelnden Rückhalt für die Polizei vor. Die sogenannte „Schnoor-Linie“ definierte er als ungerechtfertigtes Zurückweichen vor rechtswidriger Gewalt. Erst wenn dies alles ein Ende habe, dann gebe es wirkliche Fortschritte für die innere Sicherheit.

**Stefan Frechen** (SPD) hob hervor, die Landesregierung habe einiges für die Polizei getan — im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Haushalts. So würden 760 neue Arbeitsplätze bei der Polizei geschaffen, NRW habe im Bundesrat die Erhöhung der Polizeizulage auf 200 DM beantragt, Mittel für Funkstreifenwagen und Neubaumaßnahmen seien bereitgestellt. Den kommen-

den Aufgaben könne man nicht durch immer neue Personalanforderungen gerecht werden, vielmehr müsse man mit anderen Strategien versuchen, „in etwa mit dem gleichen Personalstand auszukommen“.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) warf dem Innenminister vor, sein Handeln in Sachen innerer Sicherheit unter die Devise gestellt zu haben „Was schadet oder nützt es der SPD“? Seine vollmundige Selbstdarstellung sei „Verrat an der Polizei und den Bürgern“. Wenn Schnoor neue Schwerpunkte verkünde, dann verschweige er, daß die Kräfte dafür woanders abgezogen würden. Es werde immer etwas versprochen, was die Polizei hinterher nicht leisten könne. Auch im Kabinett scheinere der zuvor „starke Mann“ keine Unterstützung mehr zu finden. Der Haushalt lasse keine Konzeption erkennen.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) wies die Behauptung zurück, es gebe eine „Schnoor-Linie“ für die Verbrechenbekämpfung: „Mord, Diebstahl und Totschlag werden hier nicht mit anderen Maßstäben gemessen als in anderen Bundesländern.“ Diese Leitlinie gelte nur für friedliche Großdemonstrationen. Er stelle sich vor die Polizei, auch in für ihn nicht einfachen Situationen, wenn die Opposition „wegtauche“. Zur Frage von verdeckten Ermittlern im Kampf gegen das organisierte Verbrechen machte er seine Ablehnung deutlich; mit ihm gebe es keine Verbrechenbekämpfung über die Grenze der Rechtsstaatlichkeit hinweg. Im Kampf gegen die Drogen appellierte er: „Stehen wir zusammen, tun wir etwas. Ich bin wirklich bereit, alle Kräfte zu mobilisieren.“

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) warf dem Minister Konzeptionslosigkeit vor, er verdecke nur alles das, was er in den letzten Jahren schuldhaft versäumt habe. Das Erbe der liberalen Innenminister des Landes sei schlecht verwaltet worden, fand er. In der Innenpolitik werde ein Schlingerkurs gefahren; Lanfermann erwähnte hier Ausländerwahlrecht, Frauenförderung und NRW-Linie bei Demonstrationen.

## Wissenschaft und Forschung

*Beim Einzelplan 06 — Wissenschaft und Forschung — der in zweiter Lesung entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses angenommen wurde, wurde unter anderem die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern angesprochen.*

**Rüdiger Goldmann** (CDU) erklärte, die CDU lehne die beiden Institute für Kulturwissenschaften und für Arbeit und Technik mit dem Überbau Wissenschaftszentrum ab. Sie würden jetzt nach langen Geburtswehen, es habe ja drei Jahre gedauert, bis sie endlich ans Licht der Öffentlichkeit träten, mit immensen Mitteln aufgepäppelt. Diese Mittel fehlten den Hochschulen für ihre Aufgaben. „Wir sind der festen Überzeugung, daß die Hochschulen Aufgaben dieser Institute in ähnlicher Weise oder vielleicht sogar besser oder kostengünstiger lösen könnten“, sagte der Abgeordnete.

**Horst Steinkühler** (SPD) wandte sich dem Lehrstuhl für organischen Landbau an der



Rascher Wandel: v.l. Dr. Ottmar Pohl (CDU), Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) und Reinhold Trinius (SPD).  
Fotos: Schüler

Universität Bonn zu, der den Versuchsbetrieb Wiesengut unterhalte. Das Land NRW habe in diesen einzigartigen Lehrstuhl bislang 13 Millionen Mark investiert. Schon heute sei das Institut bundesweit Ansprechpartner für Landwirte, die den organischen Anbau praktizierten. Im Einzelplan 06 würden mit dem Haushalt 1990 eine Million Mark und zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von 1,6 Millionen Mark bereitgestellt.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) meinte, wenn man von Kulturhoheit rede und von der vorrangigen Verpflichtung einer verfassungsmäßigen Aufgabenverteilung der Länder, im Bereich von Wissenschaft und Forschung etwas zu tun, dann sei das eine gute Sache, wenn Bund und Länder in Teilbereichen 50 zu 50 finanzierten.

**Franz-Josef Kniola** (SPD) sprach daraufhin die Frage 70 zu 30 in der Diskussion zwischen Bund und Ländern an. Er denke, daß „wir als Landespolitiker zunächst einmal gar keine Veranlassung haben, von den wohlbe-gründeten Interessen unseres Landes Abstand zu nehmen, die auch die wohlbe-gründeten Interessen aller übrigen Bundesländer sind“, schloß der Abgeordnete.

**Professor Dr. Horst Posdorf** (CDU) erklärte, man solle von dem Finanzierungs-verhältnis 70 zu 30 absehen. Das sei eine unrealistische Sache. Wenn man so etwas gemeinsam machen wolle, dann so realistisch, daß man auch 1990 damit vorankommen könne, „damit wir für unsere Studentinnen und Studenten — und das muß unser primäres Ziel sein — etwas erreichen, damit wir dann auch die Aufgaben des Bundes und des Landes in diesem Bereich einfordern können“, sagte der Politiker.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) berichtete zum studentischen Wohnungsbau und dem 300-Millionen-Mark-Programm, es sei zu Recht darauf hingewiesen worden, daß es sich um ein Vierjahresprogramm handele. Diese 300 Millionen Mark stünden per Verpflichtungsermächtigung für 1990 zur Verfügung. Das heiße: Die notwendige Hilfe stehe in vollem Umfang zur Verfügung.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) freute sich für die gesamte Hochschullandschaft über den Mittelzuwachs, den man hier erhalte. Sie sprach damit ebenfalls das Bonner Institut an. Frau Brunn betonte, daß gerade die Forschung im Bereich Umwelt sowie ökologische und ökonomische Erneuerung die Hochschulen enorm motiviere.

## Wirtschaft und Luftverkehr

*Bei der Abstimmung über den Haushalt des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Einzelplan 08) wurde ein CDU-Antrag (Sonderprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Drs. 10/4985) abgelehnt. Der Etat wurde entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses (Drs. 10/4908 und 10/4975) angenommen.*

**Christa Thoben** (CDU) hob die gute wirtschaftliche Lage mit der Bemerkung hervor:



Landtagspräsident Karl Josef Denzer (r.) hat am vergangenen Donnerstag Hartmut Dresia (l.) als neues Mitglied des Landtags mit Handschlag verpflichtet. Der CDU-Abgeordnete (aus Duisburg) ist Nachfolger von Wolfgang Schlotmann (CDU), der zum 1. Dezember aus dem Parlament ausgeschieden ist.

„Wir debattieren die Vorlage des Haushalts 1990 in einem insgesamt wirtschaftlich glänzenden Umfeld.“ Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung charakterisierte sie als „undurchsichtig, durcheinander, das Chaos nicht vermeidend, sondern eher gestaltend“. So würden Programme erst zusammenge-strichen und dann wieder mit fremden Mitteln, etwa der EG, aufgefüllt, wobei außer acht gelassen werde, daß die Programme noch unter EG-Vorbehalt stehen. Das sei keine seriöse Arbeit.

**Joachim Westermann** (SPD) stimmte der Schilderung der wirtschaftlichen Lage zu. Gerade zu Zeiten des Booms müsse aber der Strukturwandel vorangetrieben werden, das sei die Vorsorge, die zu treffen sei. Die Technologieförderung sei ein wichtiger Beitrag zu neuen Arbeitsplätzen; alles zusammen gerechnet leiste das Land mit rund 1,9 Milliarden DM einen Beitrag zum Strukturwandel. Das Geld sei gut angelegt, aber die Möglichkeiten damit erschöpft. Die Arbeit wäre leichter, so Westermann, „wenn uns nicht immer wieder auf Bundesebene Knüppel zwischen die Beine geworfen würden“.

**Hagen Tscholtsch** (F.D.P.) bat einen Widerspruch aufzuklären: Landesprogramme gelten landesweit, „das neue EG-Programm gilt aber nicht landesweit, sondern nur für ganz spezielle, besonders hart betroffene Regionen“. In der Konsequenz hieße das, durch die schwerpunktmäßige Förderung würden anderen Regionen die Mittel weggenommen.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) wandte sich dem Luftverkehr zu und regte ein europäisches Konzept für die Flugsicherung und Bau, Ausbau, Ansiedlung und Kapazitäten von Flughäfen an; bundesrepublikanische oder gar nordrhein-westfälische Konzepte griffen zu kurz. Hier sollte man die Kooperation mit den Benelux-Staaten suchen und die im Januar verabschiedeten Thesen zur

Fortentwicklung des Luftverkehrs in NRW noch einmal überdenken.

**Heinrich Dreyer** (CDU) erklärte zur dringenden notwendigen S-Bahn-Anbindung des Kölner Flughafens, hier habe die Landesregierung zögerlich gehandelt, der Anschluß könnte längst verwirklicht sein. Er stimme seiner Vorrednerin zu, daß es notwendig sei, die zivile und militärische Flugsicherung zu integrieren.

**Karl Böse** (SPD) qualifizierte die Luftverkehrspolitik des Landes als beispielgebend. Bisher habe sich die Bundesbahn in Sachen S-Bahn-Anbindung gesträubt. In der Flugsicherung hinke man 15 Jahre hinterher, das müsse der Bundestag schnellstens regeln. Im übrigen sollte der zivilen eindeutig Vorrang vor der militärischen Fliegerei gegeben werden.

**Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen** (SPD) freute sich über die übereinstimmende Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes. Das Land habe Anschluß gefunden, betonte er und warf der CDU vor, mit ihrer Alternative Marktwirtschaft oder Planwirtschaft ein falsches Gegensatzpaar aufzubauen: Marktwirtschaft funktioniere auch nicht ohne den Part eines aktiven Staates. Eine gute Konjunktur fördere selbstverständlich den Strukturwandel, aber „ohne eine gute Strukturpolitik kommt auch die beste Konjunkturpolitik nicht an“. Das Land sei gut beraten, die Politik des mittelfristigen Strukturwandels durch regionale Strukturpolitik und strukturpolitische Maßnahmen fortzusetzen. Bei der Flugsicherung gebe es dringenden Handlungsbedarf; bei der Anbindung des Kölner Flughafens brauche man alle drei Optionen: S-Bahn, IC und Transrapid. Die S-Bahn könne in drei Jahren realisiert werden, aber der Bund habe sich zehn Jahre lang geweigert, für Köln/Bonn überhaupt den Bedarf anzuerkennen.

## Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr

*Nach der Beratung des Einzelplans 11 – Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr – wurde ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Förderung des Wohnungswesens abgelehnt, der Einzelplan selbst in zweiter Lesung angenommen. Die Beratung erfolgte in zwei Abschnitten: zuerst Wohnungsbau, dann Verkehr.*

**Hubert Doppmeier** (CDU) stellte fest, die Landesregierung sei nicht in der Lage, die entsprechende Fantasie zu entwickeln, um den neuen Herausforderungen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus gerecht zu werden. Sie sei nicht in der Lage, die entsprechenden Mittel bereitzustellen und vernünftige Förderrichtlinien zu erarbeiten, um in der Zukunft genügend Wohnraum schaffen zu können.

**Volkmar Schultz** (SPD) sagte, Wohnungswirtschaft sei ein klassischer Bereich der Marktwirtschaft, wo der Markt allein auf keinen Fall funktioniere. Er könne nicht funktionieren, weil der Markt in bestimmten Teilbereichen sozial blind sei. Er erinnerte daran, daß im Wohnungsbau der Landesregierung von 1984 bis 1987 83 435 Wohnungen realisiert worden seien.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) sagte, die Liberalen verstünden sich nach wie vor als die Fraktion im Landtag, die immer wieder versuchen werde, möglichst viel Marktwirtschaft in der Politik durchzusetzen. Das gelte gerade für die Wohnungswirtschaft, die zum größten Teil inzwischen den Steuerungskräften des Marktes entzogen sei.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) stellte zum Bereich Verkehr fest, der boomenden Wirtschaft des Landes fehle zunehmend die

Infrastruktur. Die Ziele des Verkehrsministers seien zwar ehrenwert, aber Zöpel habe in seiner Amtszeit dem Land mehr geschadet als genutzt. So würden Umweltbelange bei Straßen so hochgeschraubt, daß sie nicht mehr finanzierbar seien. Zöpel habe in seiner Amtszeit kein einziges Verkehrsproblem gelöst, „sondern den alten nur neue hinzugefügt“. Das gelte für Straßenbau und Bundesbahn, betonte sie und fügte hinzu, was der Minister dem Land und den Kommunen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr angetan habe, „wird sich leider erst richtig nach seinem Abgang erweisen“.

**Karl Böse** (SPD) forderte auf, endlich zu begreifen, daß sich Straßenbau im Stil der 50er Jahren nicht mehr machen lasse. Er dankte dem Minister „ganz herzlich für verkehrspolitische Arbeit, die er in den letzten Jahren geleistet hat“: Nordrhein-westfälische Verkehrspolitik sei zu einem Gütezeichen geworden; sie sei beispielgebend in der Umsetzung einer integrierten Stadtverkehrspolitik und finde in der Bevölkerung breite Zustimmung. Mit dem Etat 90 stelle man sicher, daß den verkehrspolitischen Gestaltungsaufgaben Rechnung getragen werden könne, das sei in einem so dicht besiedelten Land keine einfache Angelegenheit.

**Heinrich Dreyer** (CDU) sah das Land vor dem „Verkehrsinfarkt“. Während in den letzten zehn Jahren die Landeshaushalte um 31,5 Prozent zugenommen hätten, sei der Verkehrshaushalt drastisch reduziert worden – um 18,3 Prozent. Den wachsenden Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur sei NRW in keiner Weise nachgekommen. Als Beispiel nannte er den Bundesfernstraßenbau im Revier.

**Bundesratsminister Günther Einert** (SPD) wandte sich in Vertretung des Städtebauministers dem Wohnungsbau zu. Beim sozialen Mietwohnungsbau hätten die Länder versucht, angesichts der dramatischen Min-

derung des Gesamtfördervolumens von Bund und Ländern mit einer Erhöhung des Länderanteils gegenzusteuern. Wenn es jetzt nicht zu einer großen gemeinsamen Anstrengung im Bereich der Förderung des öffentlich geförderten Mietwohnungsbau komme, „dann werden wir Schiffbruch erleben“. Wenn man dem abwesenden Minister vorwerfe, er hinterlasse in der Verkehrspolitik ein Chaos, dann müsse man das mit seinem guten Geschmack abmachen. Infrastruktur sei mehr als Schienen, Straßen und Kanäle; der Verkehr habe einen angemessenen Anteil am Gesamtvolumen der Infrastrukturmittel, stellte Einert fest.

## Gemeindefinanzierungsgesetz

*Das Gemeindefinanzierungsgesetz wurde in zweiter Lesung angenommen, zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen. Ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion fand keine Zustimmung.*

**Albert Leifert** (CDU) erklärte, wenn man bis heute die Steigerung der Landessteuereinnahmen und die Steigerung der GFG zur Verfügung stehenden Mittel vergleiche, entdecke man eine Lücke von acht Prozentpunkten. Das seien knapp vier Milliarden Mark, verursacht durch Verbundsatzkürzungen, Befrachtungen und anderes mehr, und der Kfz-Steuerverbund sei nur noch eine Farce von 30 Millionen Mark. Alles andere sei den Gemeinden entzogen worden. Dabei sei nicht daran vorbeizusehen, daß sich die Steuereinnahmen des Landes für 1989 und die Steuereinnahmeerwartungen für 1990 mit plus 1,8 Milliarden Mark hervorragend entwickelt hätten. Gemeinden, Kreise und die Landschaftsverbände benötigten dieses Mehr am Anteil der Landessteuereinnahmen dringend.

**Reinhard Wilmbusse** (SPD) sagte, dies sei das letzte GFG in dieser Legislaturperiode. In der Gesamtschau habe sich das Land nicht auf Kosten der Gemeinden konsolidiert. Das GFG 1990 entzücke einen; das könne man schon sagen: Steuerverbund 10,7 Milliarden Mark; das seien 900 Millionen gleich neun Prozent mehr als 1989. Dazu kämen sechs Milliarden aus dem Landshaushalt. Insgesamt seien es 16,6 Milliarden Mark für die Kommunen. Das sei ein Spitzenwert, zwei Milliarden Mark mehr als im Jahr 1981, und dieses Jahr sei ja immer als vorbildlich bezeichnet worden.

## Bundesangelegenheiten

*Der Einzelplan 09 – Minister für Bundesangelegenheiten – wurde ohne Aussprache in zweiter Lesung angenommen.*

## Lokaler Hörfunk

Mit der 8. Frequenzverordnung der Landesanstalt für Rundfunk konnten für den lokalen Rundfunk drei weitere Hörfunkfrequenzen zugeordnet werden. Außerdem wurde an verschiedenen Standorten die Versorgung durch Veränderung der technischen Parameter verbessert. Das geht aus einem Bericht des Chefs der Staatskanzlei, Wolfgang Clement, an den Landtagspräsidenten hervor (Vorlage 10/2510).



Der „Speaker“ der „Legislative Assembly“ des australischen Bundesstaates Victoria, Ken Coghill (r.), hat dem Landtag einen Besuch abgestattet und ist von Landtagspräsident Karl Josef Denzer (l.) empfangen worden. Der australische Gast überreichte Informationen über den Bundesstaat Victoria und seine Hauptstadt Melbourne.  
Foto: Schüler



**Leser schreiben... \*****EDV-Einsatz**

(„Landtag intern“ Nr. 16/1989, Bericht aus dem Justizausschuß unter der Überschrift „EDV-Einsatz ist immer noch umstritten“)

In Ihrer Ausgabe vom 10. Oktober 1989 informieren Sie die Leser unter der Überschrift: „EDV-Einsatz ist immer noch umstritten“ über den Stand des Einsatzes der EDV in der Justiz. Ihre Ausführungen hierzu geben dem Hauptpersonalrat beim Justizminister NW Anlaß zu einer Stellungnahme. Die in Ihrem Artikel getroffene Feststellung, daß sich Personalräte, insbesondere auch der Hauptpersonalrat beim Justizminister zunächst oft wegen mangelnder Bereitschaft oder Akzeptanz gegen die Einführung von EDV aussprechen, ist so nicht zutreffend. Der Hauptpersonalrat ist nicht gegen den Einsatz von EDV. Er wendet sich jedoch gegen EDV-Einführungen, bei denen das gesamte Umfeld noch nicht geklärt ist. Für den Hauptpersonalrat ist es nicht mit der Anschaffung von EDV schlechthin getan. Vielmehr interessieren ihn die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Beschäftigten, die Arbeitsplätze, die Arbeitsabläufe und die Personalstruktur. Solange entsprechende Fragen nicht beantwortet werden können, kann das gesetzlich vorgeschriebene Mitbestimmungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Wenn sich hieraus Verzögerungen beim Einsatz ergeben, liegt der Grund ursprünglich sicherlich nicht beim Hauptpersonalrat, sondern an der mangelhaften und unzureichenden Einsatzvorbereitung. Die Klärung der vorgenannten Fragen vor dem Einsatz von EDV sind ureigenste Aufgaben des Personalrates, die dem Wohle der Beschäftigten dienen. Verzögerungen, die sich hieraus ergeben, sind sicherlich nur für den Unwissenden ein Ünding.

(„Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.“)

**Vielen Politikern** bieten die Plenarsitzungen Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch, aber auch zur Nachdenklichkeit: v. r. SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann und der Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement (im rechten Bild v. l.), CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Bernhard Worms und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen (mittleres Bild v. r.) sowie der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde und der F.D.P.-Abgeordnete Hans-Joachim Kuhl (im linken Bild v. l.). Fotos: Schüller

**Fraktionen über schnelle Hilfe für DDR einig****Landesregierung soll bei Realisierung von Projekten Hauptausschuß unterrichten**

Die nordrhein-westfälische Landesregierung soll über die einzelnen Schritte bei der Realisierung ihrer 20-Millionen-Hilfe für die DDR den Hauptausschuß des Landtags unverzüglich informieren. Diesen Beschluß faßte der Ausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) am Mittwoch bei einer außerordentlichen Sitzung auf Antrag der F.D.P.-Fraktion einstimmig.

Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde erklärte, er habe nichts gegen den Haushaltstitel von 20 Millionen Mark. Die F.D.P. sei auch bereit, bei Veränderungen, vor allem wenn es in diesem Winter um humanitäre Hilfe für die DDR gehe, einer Aufstockung der 20 Millionen Mark zuzustimmen. Ihr sei auch klar, daß die Landesregierung wegen des raschen Wandels in der DDR noch kein Konzept, sondern nur ein Bündel von Anregungen vorlegen könne. Dennoch wolle die F.D.P. keinen Blankoscheck und keine Generalbevollmächtigung. Für die CDU-Fraktion bezeichnete es der Abgeordnete Dr. Ottmar Pohl als unbestritten, daß geholfen werden müsse. Er unterstrich jedoch das Informationsbedürfnis des Hauptausschusses. Für die SPD-Fraktion betonte deren Sprecher Jürgen Büssow, wenn die Landesregierung zusage, den Hauptausschuß zu informieren, sei dem Parlament Genüge getan.

**Kein fertiges Konzept**

Der Vertreter der Staatskanzlei, Dr. Franz-Josef Hessing, sagte die Unterrichtung zu. Der Ministerialdirigent hatte zuvor berichtet, die Landesregierung habe am 28. November eine Ergänzung der Haushaltsvorlage um 20 Millionen Mark beschlossen. Die Gelder seien für das Deutschlandprogramm der Landesregierung zur Unterstützung der ökonomischen, ökologischen, wissenschaftlichen, technologischen und sozialen Entwicklung in der DDR vorgesehen. Wegen der dortigen raschen Entwicklung liege noch kein fertiges Konzept vor. Er zeichneten sich jedoch Elemente der Hilfe ab. So habe sich eine Delegation des NRW-Gesundheitsministeriums kürzlich in der DDR über Ansätze zur Hilfe im Gesundheitswesen informiert. Neben personellen Problemen gebe es schwerwiegende Mängel an medizinischer Ausrüstung, von der Einwegspritze über Verbandsmaterial bis zur Ausstattung von Praxen. Die Hilfe solle jedoch nicht zentral über das DDR-Gesundheitsministerium laufen, sondern auf Patenschaften zwischen

Krankenhäusern und regionalen Ärzteorganisationen hüben und drüben aufbauen. Im Wissenschaftsbereich soll, laut Hessing, die Patenschaft zwischen den Hochschulen Aachen und Dresden verstärkt sowie Studierwilligen aus der DDR über die Fernuniversität Hagen die Teilnahme an Aus- und Fortbildung in NRW angeboten werden. Bei der kommunalen Zusammenarbeit ist an eine Nutzung der Städtepartnerschaften gedacht. Bei der Kooperation im Städtebau und in der Wohnungsbaufinanzierung sollen hiesige Erfahrungen zur Vermeidung von Fehlern weitergegeben werden, die bei der Flächenanierung gemacht worden waren. Dazu könnte das Dortmunder Institut für Städtebau und Regionalplanung mit einem entsprechenden Institut in der DDR zusammenarbeiten.

Beim Umweltschutz hätten sich nach einem Besuch von Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) in der DDR Anknüpfungsmöglichkeiten im Leipziger Raum ergeben, berichtete der Sprecher der Staatskanzlei weiter. Bei der wirtschaftlichen Kooperation müßten indessen erst die Voraussetzungen in der DDR geschaffen werden, ehe die nordrhein-westfälische Wirtschaft investieren könne. Hessing sah jedoch Chancen zur technischen Zusammenarbeit, zur Managementausbildung und zur Kooperation beim Arbeitsschutz, der in der DDR noch nicht so weit sei. Er leugnete nicht die Schwierigkeiten für die Landesregierung, wegen des raschen Wandels in der DDR, kompetente Partner zu finden.

Hessing teilte darüber hinaus mit, daß die Landesregierung eine Bürgschaft in Höhe von einer Milliarde Mark in Aussicht genommen habe, ohne daß Bedingungen für diese Bürgschaft festgelegt seien. Man denke daran, diese so ähnlich zu organisieren wie die Polenhilfe über 100 Millionen Mark. Bei Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses sollten die generellen Bürgschaftsrichtlinien in Anwendung kommen. In Frage kommen könne auch die Subventionierung von Krediten. Darüber müsse aber noch mit der Kreditwirtschaft beraten werden.



## Zugriff: GSG 9 blieb am Boden

Mit Udo Hansen, Polizeirat aus St. Augustin, wurde am 4. Dezember vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß III unter dem Vorsitz von Heinz Lanfermann (F.D.P.) ein leitender Beamter des Bundesgrenzschutzes über den letzten Teil der Gladbecker Geiselnahme als Zeuge vernommen. Hansen war am 18. August 1988 etwa ab mittags als Verbindungsoffizier zwischen der Kölner Einsatzleitung und der GSG 9-Zentrale in St. Augustin eingesetzt.

Nein, die Situation im Raum der Kölner Einsatzleitung wolle er nicht bewerten, meinte Hansen, aber es stimme schon, daß im Hauptraum „sehr viele Herren“ gewesen seien, mehrere Telefonstandleitungen seien geschaltet worden, man habe Funksprüche eingespielt, überhaupt sei dort eine „sehr große Geschäftigkeit zu verzeichnen“ gewesen. Aber an die angebliche große Stille in Erwartung des unmittelbar bevorstehenden Zugriffs, die ein früherer Zeuge dem Ausschuß geschildert hatte, könne er sich nicht erinnern, „das war nicht mein Eindruck“, beschied er kühl eine entsprechende Frage. In der Einsatzleitung habe er den Vorschlag unterbreitet — und der sei akzeptiert worden —, die landbewegliche Einheit aus St. Augustin in den Ereignisraum zu entsenden und sie auf die Übernahme der Rolle des SEK Köln vorzubereiten. Diese frischen Kräfte standen ab 11.15 Uhr zur Verfügung, nicht zuletzt auch um die seit mehreren Stunden im Einsatz befindlichen GSG 9-Beamten abzulösen. Bereit stand auch eine luftverlastete GSG 9-Einheit, in der sich auch ein Arzt mit „emergency kit“ befand. Er habe auch diese Einheit der Kölner Einsatzleitung angeboten, denn als der Zugriff erfolgt war, hätte der Arzt die erste Versorgung vornehmen und der Hubschrauber Verletzte ins Krankenhaus fliegen können, aber dies alles sei mit der Bemerkung abgelehnt worden, daß genügend landeseigene Kräfte zur Verfügung stünden und der Zugriff erfolgt sei. Zur Koordination zwischen Einsatzleitung und Bundesgrenzschutz führte Hansen aus, daß die GSG 9 über den Wechsel der Einsatzleitung von Gladbeck nach Köln nicht informiert worden sei; das sei erst nach 12.30 Uhr bekannt geworden. Hätte er das früher gewußt, dann wäre es ihm, Hansen, möglich gewesen, nicht erst um 13.15 Uhr, sondern bereits über eine Stunde eher seine Funktion als Verbindungsoffizier in der Kölner Einsatzleitung aufzunehmen. „Bis 12.30 Uhr gingen wir davon aus, daß unsere Kräfte Gladbeck unterstellt waren“, kennzeichnete er die Situation und lehnte Spekulationen darüber ab, wie anders die Ereignisse hätten ablaufen können, wenn die GSG 9 Gelegenheit gefunden hätte, mit ihren frischen Kräften näher an die Täter heranzukommen. Hansen schätzte in diesem Zusammenhang die Zeit, die die GSG 9 von St. Augustin bis zur Autobahn bei Siegburg mit dem Hubschrauber benötigt hätte, auf zehn bis 15 Minuten („inclusive Start und Landung, die manchmal länger dauern als der ganze Flug“). So aber kehrte an diesem Tag der erste Hubschrauber sofort wieder um, der zweite kam erst gar nicht in die Luft, sondern brach den Start ab, die GSG 9 blieb am Boden.

## Polizeigesetz: CDU legt zum finalen Rettungsschuß Änderungsantrag vor

Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung am 30. November unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Jürgen Lichtenberg (CDU) erinnerte Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium) an den wenige Stunden zuvor verübten Mordanschlag auf den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen.

Anschließend befaßte sich der Ausschuß mit dem von der F.D.P.-Fraktion vorgelegten Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes sowie dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Fortentwicklung des Datenschutzes im Bereich der Polizei und der Ordnungsbehörden.

Zu diesem Gesetzentwurf hatte die Fraktion der SPD bereits zur vorigen Sitzung umfangreiche Änderungsvorschläge unterbreitet, die ihr Sprecher Egbert Reinhard im einzelnen erläuterte. Dabei handelt es sich in weiten Teilen um Veränderungen redaktioneller Art, die eine bessere Lesbarkeit des Gesetzes bewirken sollen. Materielle Änderungen betreffen die Einbeziehung der Wirtschaftskriminalität in den Katalog der „Straftaten von erheblicher Bedeutung“, die Klärstellung der Vorschriften über die Observation und die Identitätsfeststellung sowie um den Datentransfer in präventiven Bereich polizeilichen Handelns. Die Datenerhebung bei öffentlichen Versammlungen soll unter Hinweis auf das Versammlungsgesetz gestrichen werden.

Für die Fraktion der F.D.P. kündigte Dagmar Larisika-Ulmke an, sie werde zur nächsten Sitzung des Ausschusses ebenfalls Änderungsanträge vorlegen, durch die teilweise Eingriffsbefugnisse abgemildert oder klarer formuliert, teilweise polizeiliche Befugnisse — insbesondere im Vorsorgebereich — an einen Ministervorbehalt, hinsichtlich der Unverletzlichkeit der Wohnung auch an einen Richtervorbehalt, geknüpft werden sollen. Die Befugnisse anonymer Informan-

ten sollen eingeschränkt oder ausgeschlossen werden.

Unter Hinweis auf die geltenden Löschungs- und Tilgungsfristen gespeicherten Daten wollte Albert Klütsch (SPD) wissen, wie die Beachtung dieser Vorschriften auch bei dem Empfänger sichergestellt werden kann, wobei auch an Fälle der Datenübermittlung an Polizeibehörden in Ländern ohne vergleichbare datenschutzrechtliche Regelungen gedacht wird.

Die abschließende Beratung der Gesetzentwürfe und die Verabschiedung des geänderten Gesetzentwurfs der Landesregierung wurde für Anfang des kommenden Jahres in Aussicht gestellt. Die CDU hat allerdings auch eine Reihe von Änderungsanträgen vorgelegt, über die der Ausschuß noch entscheiden muß, so auch über die beantragte Regelung des „finalen Rettungsschusses“. Das Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes wurde noch nicht abschließend beraten. Dies lag nach übereinstimmender Bekundung der Sprecher der drei Fraktionen nicht an der Fülle von Zuschriften, die diese in den letzten Wochen aus den Reihen der öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren erhielten, sondern an dem noch nicht ausformulierten Kompromiß, den Gesetzentwurf der Landesregierung für die Übergangszeit einiger Jahre anzunehmen, sie aber gleichzeitig aufzufordern, durch die Vorlage einer neuen Berufsordnung den Vermessungsingenieuren (FH) den Zugang zum Status des öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs zu eröffnen. Die CDU-Fraktion will dafür jedoch den Erwerb einer vergleichbaren Qualifikation zur Bedingung machen.

Im weiteren Verlauf befaßte sich der Ausschuß sodann mit einer Reihe von Berichten, die Staatssekretär Riotte auf Antrag der CDU erstattete. Es handelte sich hierbei um die Einrichtung zentraler Ausländerbehörden, die nach Ansicht der CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen unnötigerweise verzö-

Fortsetzung Seite 13



Nahm wegen eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens für sich das Recht auf umfassende Aussageverweigerung in Anspruch: Der Journalist Udo Röbel (links), hier begleitet von seinem Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Gatzweiler. Foto: Schüler

## Ganztagsangebote für Kinder im Grundschulalter werden erprobt

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat sich am 30. November 1989 unter Leitung des Vorsitzenden Helmut Hellwig (SPD) im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde auf Antrag der CDU-Fraktion mit der Frage befaßt, ob die Landesregierung beabsichtige, Betreuungsangebote für Kinder an Schulen anzubieten und ob damit letztendlich auch die Zuständigkeit für die Kinderhorte an den Kultusminister übergehe.

Der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Dr. Wolfgang Bodenbender, stellte zunächst die aktuelle Situation dar: Für die Betreuung der Kinder in der Grundschule stünden 24 000 Hortplätze zur Verfügung. 40 Prozent aller Kinder im Grundschulalter lebten in Familien, in denen beide Elternteile voll erwerbstätig seien. Zwölf Prozent lebten mit nur einem Elternteil zusammen. Vor diesem Hintergrund hätten MAGS und Kultusminister gemeinsam das Konzept „Ganztägige Angebote für Kinder im Grundschulalter“ entwickelt. Es gehe dabei nicht darum, eine Konkurrenzsituation zu den bereits bestehenden Tageseinrichtungen für Kinder zu schaffen, sondern durch Verbindung von Schule und Hort unter einem Dach ein weiteres Betreuungsangebot zu schaffen. Dieses Projekt, das zunächst modellhaft erprobt werden solle, habe gegenüber der Ganztagschule den Vorteil, daß die Ganztagsbetreuung zwischen 7.30 und 18.00 Uhr stattfinde und eine Betreuung auch in den Schulferien stattfinde. Zudem sei dieses Modell kostengünstiger als die Ganztagschule oder der klassische Hort, da bereits vorhandene Räumlichkeiten genutzt würden. MAGS und Kultusminister seien sich darin einig, daß mit dem Modellprojekt die Entwicklung der beiden anderen Wege — Ganztagsgrundschule und Hort — nicht abgelöst, sondern durch einen dritten Weg ergänzt würden.

Georg Gregull (CDU) äußerte Bedenken, ob die vorgesehenen Öffnungszeiten kindgerecht seien und fragte, wer als Träger des Projektes vorgesehen sei und welches Personal eingesetzt würde. Bezüglich der Öffnungszeiten wies Dr. Wolfgang Bodenbender darauf hin, daß die lange Öffnungszeit lediglich ein Angebot darstelle. Träger des Hortbereiches in Schulen seien die freien gemeinnützigen Träger der freien Jugendhilfe; es bestehe also kein Grund zu der Befürchtung, daß der gesamte Betreuungsbereich in die Zuständigkeit des Kultusministers übergehe. Zu der personellen Ausstattung führte Dr. Bodenbender aus, daß die Betreuung durch Fachpädagogen erfolge. Auf die Frage von Horst Radtke (SPD), ob Eltern ehrenamtlich in die Betreuung einbezogen würden, antwortete Dr. Bodenbender, daß eine Beteiligung der Eltern allenfalls zusätzlich in Betracht komme und keine Fachkräfte ersetzen dürfe. Auf Anfrage von Ruth Hieronymi (CDU) wies eine Vertreterin des MAGS darauf hin, daß die Förderanteile denen bei anderen Horten entsprechen und

Neueste Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung und Kindergartenversorgung (lt. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW-Hauptvariante)

	Kinder im Kindergartenalter	vorhandene Kindergartenplätze	davon neue Plätze unter der Voraussetzung wie 1990	Versorgungsgrad in v. H.
1989	507 100*	398 000	8 000	78,5
1990	534 700*	416 000	18 000	77,8
1991	561 200*	434 000	18 000	77,3
1992	577 200*	452 000	18 000	78,3
1993	590 400*	470 000	18 000	79,6
1994	595 900*	488 000	18 000	81,9
1995	598 500*	506 000	18 000	84,5
1996	597 200*	506 000	—	84,7
1997	591 400*	506 000	—	85,6
1998	581 800*	506 000	—	87,0
1999	569 000*	506 000	—	88,9
2000	553 400*	506 000	—	91,4

\* Stichtag jeweils 31. Dezember

Die vorstehende Tabelle enthält auch Aus- und Übersiedlerkinder im Kindergartenalter bis auf den Zustrom der Übersiedler in den letzten Wochen.

lediglich Abstriche bei den Sach- und Unterhaltungskosten gemacht würden.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Erich Heckelmann, hob hervor, daß durch die Einrichtung eines Hortes keine Schulmüdigkeit in der Grundschule hervorgerufen werden dürfe. Man müsse im Gegenteil durch geeignete Maßnahmen einer „Verschulung“ entgegenwirken.

Im weiteren Verlauf hat der Ausschuß den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Gewährung eines Landeserziehungsgeldes beraten. Zur Begründung des Gesetzentwurfs führte ihr Sprecher, Antonius Rüsenberg, aus, daß die CDU den Artikel 5 der Landesverfassung (Gleichstellung von Erwerbs- und Familienarbeit) ernst nehme und dementsprechend ein Landeserziehungsgeld als eigenständiger ergänzender Beitrag zu familienpolitischen Maßnahmen gerechtfertigt sei.

Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion, Andreas Reichel, wies darauf hin, daß man auch in der Familienpolitik jeweils nur eine Priorität setzen könne. Er halte die Ausweitung der Kinderbetreuung für wichtiger als „Cash-Zahlungen“ an junge Familien. Er lehne daher aus finanziellen Gründen ab.

Erich Heckelmann (SPD) wies darauf hin, daß der Gesetzentwurf bereits einige Male vorgelegt worden sei und alle Argumente bereits ausgetauscht wären. In der abschließenden Abstimmung wurde der Gesetzentwurf der CDU gegen die Stimmen von SPD bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

### Rechtsradikalismus

Danach nahm der Ausschuß die Beratung des SPD-Antrags zur „Rechtsradikalen Einflußnahme auf junge Menschen“ auf. Der Antrag enthält zahlreiche Maßnahmen zur Eindämmung der rechtsradikalen Einflußnahme auf junge Menschen.

Antonius Rüsenberg (CDU) wies darauf hin, daß nicht nur die Problematik des Rechtsradikalismus im Vordergrund stehen dürfe, sondern daß alle Formen extremistischer Tendenzen diskutiert werden müßten.

Andreas Reichel (F.D.P.) schloß sich dieser Auffassung an; es gebe keine sinnvolle

Unterscheidung zwischen einer rechts- oder linksextremen Ablehnung von Demokratie. Er sprach sich gemeinsam mit Otti Hüls (CDU) dafür aus, eine deutliche Grenze zwischen „konservativ“ und „rechtsextrem“ zu ziehen: Nationale Identität allein könne kein Zeichen für Rechtsextremismus sein.

Die SPD-Fraktion, so Heckelmann, sei „nicht auf dem linken Auge blind“, sie sehe aber derzeit die Problematik des Rechtsextremismus als dringlicher an. Heinz Hilgers (SPD) wies darauf hin, daß es wichtig sei, entsprechende Arbeitsmaterialien für Lehrer und Sozialarbeiter zu entwickeln, wobei der didaktische und methodische Ansatz beim Rechtsextremismus ein anderer sei als beim Linksextremismus. Beatrix Philipp (CDU) vertrat hingegen die Auffassung, daß die Mittel beider extremistischer Gruppierungen gleich seien; bisher habe immer die Problematik des Rechtsextremismus im Unterricht im Vordergrund gestanden, nun müsse es verstärkt um das Problem des Radikalismus allgemein gehen.

Der Vorsitzende Helmut Hellwig (SPD) hob hervor, daß man in der Jugendarbeit die Problematik der „linken Szene“ nie vernachlässigt habe. Er halte es aber für bedenklich, daß in einer Zeit der Entstehung eines grenzenlosen Europas gleichzeitig ein neuer Nationalismus entstünde. Abschließend beschloß der Ausschuß auf Vorschlag des Vorsitzenden, im Januar eine gemeinsame Sitzung mit dem Hauptausschuß und der Landeszentrale für politische Bildung zu dieser Thematik durchzuführen. Im März soll zudem gemeinsam mit dem Sport- und dem Ausschuß für Innere Verwaltung eine Sitzung mit Vertretern des Deutschen Fußballbundes und der Gewerkschaft der Polizei zur steigenden Brutalität bei Sportveranstaltungen durchgeführt werden.

Als letzten Punkt hat der Ausschuß den F.D.P.-Antrag auf „Durchgreifende Verbesserungen für die Kindergärten in Nordrhein-Westfalen“ beraten. Im Hinblick auf die sich zunehmend verschlechternde Versorgungslage sei es — so Reichel — notwendig, das System der Kindergartenfinanzierung und -förderung sowie bestimmte Ansprüche weniger bürokratisch, sondern flexibler zu handhaben. Er regte die Schaffung einer Projektgruppe an.

## Sitzungsenergie im Haushaltsausschuß Umschichten — einstellen — steigern



Viel Sitzungsenergie brachten die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses auf, um die Verabschiedung des Haushalts 1990 im Plenum dieser Woche vorzubereiten. In ganztägiger Sitzung behandelte der Ausschuß am 30. November unter Leitung des Vorsitzenden Hans Georg Weiss (CDU) die Einzelpläne 12 und 14, das Haushaltsgesetz sowie die Beratungsergebnisse/Empfehlungen der Fachausschüsse der Ressorts. Am 6. Dezember wurde der Haushaltsentwurf auf der Grundlage der vom Finanzminister vorgelegten zweiten Ergänzung auf Wunsch der Fraktionen nachberaten (im Bild vor der Abendsitzung v.r.: Ulrich Schmidt, SPD, Hans Georg Weiss, CDU, als Ausschußvorsitzende; Wolfram Dorn, F.D.P., Reinhold Trinius, SPD, und Hartmut Schauerte, CDU, als finanzpolitische Sprecher der Fraktionen).

Vor allem die neue Lage in Deutschland führte zur zweiten Ergänzung des Haushaltsentwurfs. 20 Millionen Mark für Soforthilfen des Landes, ein Bürgschaftsrahmen von einer Milliarde Mark zur Absicherung von NRW-Unternehmen, die in der DDR Anlagen bauen.

30 Millionen Mark für die Aufnahme von Übersiedlern sind vorgesehen. Außerdem mußten die Komplementärmittel für die Wirtschaftsförderung in Problemgebieten zu 338 Millionen Mark aus dem EG-Sozial- und dem EG-Regionalfonds eingestellt werden. Für studentischen Wohnungsbau wurde ein Sonderprogramm aufgelegt und

die Ergebnisse der Steuerschätzung eingearbeitet.

Für die Ausschußsitzung am 11. Dezember zwischen zweiter und dritter Lesung lagen Änderungsanträge der CDU vor, die außerdem zusätzliche Informationen des Wirtschafts- und des Umweltministers zu einem Ansatz von 4,5 Milliarden Mark einforderte. SPD und F.D.P. bezogen sich in je eigenen Entschließungsanträgen auf das Ressort Wissenschaft und Forschung, für das die SPD im Hinblick auf die aus Bonn nach dem „Bildungsgipfel“ am 21. Dezember zu erwartenden neuen Gelder einen Nachtragshaushalt beantragte.

## Frauenausschuß stimmt Haushaltsansätzen zu Modell: Mütter werden Sozialarbeiterinnen

Die Haushaltsmittel für die Gleichstellungsbeauftragte und ihren Arbeitsstab wurden von den SPD- und CDU-Mitgliedern des Ausschusses für Frauenpolitik am 20. November befürwortet. Der Erhöhung von drei frauenrelevanten Ansätzen in den Ressorts Kultus und Soziales stimmte der Ausschuß mit der SPD-Mehrheit zu. Anschließend informierte sich der Ausschuß unter Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) über direkte und indirekte Maßnahmen der Frauenförderung im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Ein Modellversuch an der Universität Dortmund, der zu je 50% aus Bundes- und Landesmitteln gefördert werde, beinhalte die wissenschaftliche Weiterbildung von Familienfrauen. Der Modellversuch laufe im August nächsten Jahres aus, das Ministerium habe aber ein Interesse daran, daß das Projekt danach regulär weitergeführt werde. Darüber hinaus werde an der Katholischen Fachhochschule Köln ein Modellstudiengang zur Ausbildung von Frauen zu Diplom-Sozialarbeiterinnen neben der Familientätigkeit wiederum zu je 50% aus Bundes- und Landesmitteln gefördert. Der Studiengang werde erstmalig im kommenden Wintersemester angeboten und sei zeitlich auf die Bedürfnisse der Frauen abgestimmt. Erstmals würden in diesem Zusammenhang in

der Familienarbeit erworbene Qualifikationen als Vorqualifikation eines Studienganges mit einbezogen.

Im Rahmen der Förderung des hochqualifizierten wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses durch die Vergabe von Stipendien werde zusätzlich zum Stipendium ein monatlicher Zuschlag in Höhe von 300 Mark gezahlt, wenn mindestens ein Kind zu unterhalten sei und das Familieneinkommen 24.000 Mark im Jahr nicht übersteige. Im übrigen gebe es die Möglichkeit, die Förderung im Falle einer Geburt auf Antrag — analog zu den Mutterschutzregelungen — auszusetzen; für diese Zeit werde das monatliche Stipendium zu zwei Dritteln weitergezahlt, die Förderdauer verlängere sich um die Hälfte der Unterbrechungszeit. Dar-

## Lichtscheue Elemente treiben Unwesen am Baggerloch

Erst nach Einschaltung des Petitionsausschusses konnte eine befriedigende Lösung von Problemen erreicht werden, die Anwohnern eines tiefliegenden Baggerlochs in Krefeld-Fischeln durch unerwünschte Wasserfreunde entstanden waren.

Schon seit Jahren hielten die Belästigungen der Anwohner durch Baggerlochbesucher an, ehe sich im vorigen Sommer eine Interessengemeinschaft formierte. „Sogenannte Halbstarke treiben ihr Unwesen“, heißt es in Beschwerden an den Ausschuß. Es werde gezeltet und gegrillt, wobei das Ufer als Müllplatz diene. Ein Moped und Radios, zum Teil Diebesgut, wurden in das Baggerloch geworfen. Der Zaun werde immer wieder aufgeschnitten. Anwohner, die die Polizei zur Hilfe riefen, hätten mit Racheakten zu rechnen. Blumen würden aus den Vorgärten gestohlen, Mülltonnen umgeworfen, mit dem Kleinkalibergewehr bedroht. In warmen Sommernächten nahmen die Störungen zu. Nach Alkoholgenuß würden leere Flaschen auf die Grundstücke der Anwohner geworfen, durch Glasscherben habe es Verletzungen gegeben.

Eine Abhilfe durch Zuschütten des Baggerloches war nach dem Einspruch von Naturschützern wieder eingestellt worden. Nach Einschaltung des Petitionsausschusses kam in diesem Jahr ein Kompromiß zustande: „Im Sinne einer zeitgemäßen und interessanten Gestaltung der Umgebung und der Erhaltung von Artenvielfalt erscheint es zweckmäßig, wenn im westlichen Teil ein Teich geschaffen wird.“ Die Stadt Krefeld wurde gebeten, das Baggerloch als Ursache unzumutbarer Belästigungen zu verfüllen. Den Belangen des Naturschutzes soll durch Anlage eines Biotops Rechnung getragen werden. An der Rekultivierung wollen sich die Anlieger beteiligen.

über hinaus gebe es in Nordrhein-Westfalen das Netzwerk Frauenforschung, das derzeit aus 15 Professuren und einer Koordinatorenstelle für Frauenforschung an der Universität-Gesamthochschule Essen bestehe.

In der Diskussion ging es vorrangig um die Frage der Kinderbetreuungsmöglichkeiten an Hochschulen. Aufgrund der bestehenden Vorschriften im Kindergartengesetz ist eine Bezuschussung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Trägerschaft von Studentenwerken nicht möglich.

Im weiteren Verlauf der Sitzung informierte sich der Ausschuß über die Berücksichtigung frauenspezifischer Belange im Fortbildungsprogramm des Innenministers. Die Vertreterin des Innenministers erläuterte zunächst die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, die Frauen die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen erleichtern sollen. Um während der Fortbildungszeit die Frage der Unterbringung der Kinder zu erleichtern, würden zunehmend Veranstaltungen dezentralisiert, das heißt in der näheren Umgebung des Dienstortes, durchgeführt. Darüber hinaus sei in der Fortbildungsakademie Attendorn die Möglichkeit der gleichzeitigen Kinderbetreuung eingerichtet.

## Polizeigesetz...

Fortsetzung von Seite 10

gert wurde. Sie erhofft sich hiervon eine spürbare Verkürzung der Anerkennungsverfahren.

Ratlosigkeit machte sich breit beim Thema „Kontrolle alliierter Gefahrguttransporte und gegenseitige Hilfeleistung bei Gefahrenlagen im Zusammenhang mit militärischen Einrichtungen der alliierten Streitkräfte“. So mußten die Ausschußmitglieder zur Kenntnis nehmen, daß die deutschen Vorschriften nicht gelten, wenn die Fahrzeuge der alliierten Streitkräfte den Sicherheitsbestimmungen des Entsendestaates entsprechen. Auch funktionieren noch nicht überall die gemeinsamen Kontrollstellen. Die angestrebte Kooperation unterliegt in weiten Teilen offensichtlich noch der Zustimmung und dem guten Willen der Militärbehörden. Albert Klüttsch erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach differenzierten Regelungen zwischen Entsendestaaten, die zu den Siegermächten gehörten und solchen Nato-partnern, die erst in späteren Zeit Truppen in der Bundesrepublik stationierten.

## Unsichere Militärlaster

Heinz Paus möchte erreichen, daß die Bundesregierung die hohen Sicherheitsstandards nach deutschen Vorschriften auch bei den alliierten Streitkräften durchsetzt, wenn die entsprechenden Regelungen zu den Gefahrguttransporten der Entsendestaaten im Vergleich nicht die gleiche Qualität haben. Er bedauerte in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß deutsche Behörden nicht die Möglichkeit haben, ein verkehrsun sicheres Militärfahrzeug der alliierten Streitkräfte unverzüglich stillzulegen.

Schließlich erkundigte sich Klaus Stallmann (CDU) nach dem Verbleib von Haushaltsmitteln, die in den Jahren 1988 und 1989 für Bauarbeiten an der Landesfeuerwehrschule in Münster bereitgestellt wurden. Er beklagte in diesem Zusammenhang, daß weder der neue Bettentrakt noch das Brandschutzgebäude errichtet wurden. Der Vertreter des Innenministeriums führte aus, daß die für 1988 verfügbaren Mittel für die Vorplanung sowie kleinere Vorarbeiten ausgegeben wurden. Von den für 1989 etatisierten zwei Millionen Mark wurden noch nicht verbrauchte Mittel in Höhe von 1,7 Millionen Mark in das Haushaltsjahr 1990 übertragen, da einige bautechnische Probleme noch nicht ausgeräumt werden konnten.

Der Polizeieinsatz am 20. September 1989 in Köln-Nippes wird den Ausschuß noch einmal befassen. Zwar hatte der Innenminister einen schriftlichen Bericht über die Bewertung des Demonstrationseinsatzes vorgelegt, darin nach Ansicht der CDU aber nur einseitig die Strafanzeigen gegen Polizeibeamte erwähnt, ohne auch auf die Gewalttätigkeit der Demonstranten gegen Polizeibeamte und gewollte oder gestellte Provokationen einzugehen. Auch zu vernommenen Beschuldigungen und Vermutungen, ein Kamerateam des WDR habe Absprachen mit gestellten Akteuren getroffen, sei nicht erwähnt worden. Auf Antrag der Fraktion der CDU stellte der Ausschuß einstimmig — bei Enthaltung der SPD — fest, daß der Bericht unvollständig und daher zur nächsten Sitzung zu überarbeiten sei.

## Sportverbände mahnen: Bau von neuen Übungsstätten nicht vernachlässigen

*Zu einem Erfahrungsaustausch mit den Präsidien des Rheinischen Turnerbundes und des Westfälischen Turnerbundes traf sich der Sportausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Hans Rohe (SPD) in der Westfälischen Landesturnschule Oberwerries bei Hamm. Die Landesturnschule ist in dem historischen Wasserschloß Oberwerries untergebracht, das aus dem 16. Jahrhundert stammt und ab 1972 restauriert wurde. Sie dient den zehn Turngauen mit seinen 1053 Vereinen und 331 303 Mitgliedern Westfalens als Übungsleiterausbildungs- und Tagungsstätte.*

Vorsitzender Hans Rohe betonte, der Sportausschuß wolle durch den Besuch der verschiedenen Einrichtungen der Sportfachverbände seine Verbundenheit mit diesen dokumentieren und deren wichtige Arbeit würdigen. In solchen Erfahrungsaustauschen hätten die Verbände die Gelegenheit, ihre Sorgen und Wünsche den Sportpolitikern darzulegen. Dieser Aufforderung folgend, wurden zahlreiche Themen angesprochen. So forderte der Vorsitzende des Westfälischen Turnerbundes, Karl-Heinz Krause, den Sportstättenbau nicht aus den Augen zu verlieren. Sein Stellvertreter, Albert Claudi, regte an, die bisherigen Berechnungsgrößen und Richtlinien für Sportstätten zu überdenken und dem neuen Bedarf anzupassen. Sportpolitiker und Verbandsvertreter waren sich einig, daß die Notwendigkeit eines zweiten „Goldenen Planes“ in der Öffentlichkeit mehr verdeutlicht werden muß.

Karl-Heinz-Krause gab den Abgeordneten auch einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen des Deutschen Turnfestes 1990, das vom 27. Mai bis 3. Juni 1990 in den Ruhgebetsstätten Dortmund und Bochum stattfindet. Bislang seien bereits 3314 Vereine und 86335 Teilnehmer gemeldet. Außerdem werden aus den beiden Städten 231 Schulen aktiv das Turnfest gestalten. Insgesamt sei mit weit mehr als 100 000 Teilnehmern zu rechnen. Die Teilnehmer werden in Schulen und Privatquartieren untergebracht. Darüber hinaus werden 8000 Stellplätze auf Campingplätzen bereitgestellt. Neun Nationen nehmen am internationalen Jugendlager teil.

Zur Situation der Landesturnschulen führte der Geschäftsführer des Rheinischen Turnerbundes, Heinz Poick, aus, daß diese in erster Linie der Übungsleiterausbildung und der Lehrerfortbildung dienen. Sonstige Nutzer der Turnschulen in lehrgangsfreien Zei-

ten müssen sich verpflichten, eine Stunde Sport täglich abzuhalten. Turn- und Sport-schulen könnten heute nicht mehr auf dem Niveau einer „Jugendherberge“ unterhalten werden, sondern müßten Zimmer mit Dusche und WC und Entspannungseinrichtungen, wie etwa eine Sauna, vorweisen können.

Oberturnwart Dieter Rabe bedauerte, daß die Zusammenarbeit zwischen Schule und Turnvereinen nicht überall befriedigend sei. Das Angebot an schulischen Veranstaltungen am Nachmittag (Ganztags-schulen, Arbeitsgemeinschaften) lasse den Lehrern offenbar zu wenig Zeit, auch noch in Vereinen aktiv zu werden und dabei ihre Schüler mit in die Vereinsarbeit einzubeziehen.

Jugendwartin Heidi Mauer bedauerte, daß es für Sportler nicht mehr die Reihenunter-suchungen der 70er Jahre gebe, bei denen jeder Sportler einen Gesundheitspaß erhalten habe. Über die Effizienz solcher Untersuchungen bestanden jedoch unterschiedliche Meinungen. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer, daß die Gesundheitserziehung im Rahmen des Sporttreibens einen hohen Stellenwert habe. Uneinheitlich war das Meinungsbild hinsichtlich der Frage der hauptamtlichen Mitarbeiter in den Turngauen und Vereinen. Während die Hauptamtlichkeit auf Fachverbandsebene grundsätzlich bejaht wird, bestanden Zweifel, daß die Vereine hauptamtliche Übungsleiter oder Geschäftsführer finanzieren können.

Die Mitglieder des Sportausschusses machten deutlich, daß Zuschüsse zu Personalkosten aus dem Landeshaushalt nicht zu erwarten sind. Vielmehr müßten hauptamtliche Kräfte durch ihre Aktivitäten dafür sorgen, daß sie ihr Einkommen selbst erwirtschaften. Abschließend wurde vereinbart, den Erfahrungsaustausch im nächsten Jahr fortzusetzen.



*In der Jugendburg Oberwerries bei Hamm trafen sich Sportausschuß (Vorsitzender Hans Rohe erste Reihe, erster von links) und — hier mit auf dem Bild — das Präsidium des Westfälischen Turnerbundes. Foto: Denz*

## SPD-Fraktion

### Schon im Februar neue Lehrer für Grundschulen

Für die Grundschulen in Nordrhein-Westfalen sollen schon zum 1. Februar 1990, und damit ein halbes Jahr früher als geplant, 350 neue Lehrer eingestellt werden. Das hat der SPD-Fraktionsvorstand in seiner heutigen Sitzung auf Vorschlag von Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann beschlossen. Mit der vorgezogenen Lehrereinstellung soll auf die besonderen Belastungen durch Aus- und Übersiedler reagiert werden.

Nach Mitteilung Farthmanns hatte die Landesregierung ursprünglich geplant, zum Schuljahresbeginn am 1. August 1990 insgesamt 700 Lehrer für die Grundschulen neu einzustellen. Auf nicht vorhersehbare Engpässe müsse jedoch flexibel reagiert werden können. Deshalb werde seine Fraktion in den Haushaltsberatungen beantragen, daß sechs Monate früher als geplant die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um 350 Grundschullehrer schon zum 1. Februar 1990 einzustellen, erklärte Farthmann.

★

Entwicklungszusammenarbeit setzt Bewußtseinsbildung und Kooperationsbereitschaft voraus. Das ist das Fazit einer Treffpunkt-Veranstaltung der SPD-Fraktion im Landtag zum Thema „Nordrhein-Westfalen und die Dritte Welt“.

Dabei wurde herausgestellt, daß Entwicklungshilfe zwar traditionell in der Verantwortung der Bundesregierung liege. Aber die Länder sollten, so eine Forderung während der Diskussion, stärker als bisher zum Beispiel den Austausch von Stipendiaten oder die Kontaktpflege zur Dritten Welt fördern. SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann teilte mit, die Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Bund, Ländern und Bürgerschaften habe darauf hingewiesen, daß die Länder wegen ihrer Kompetenzen für Bildung und Wissenschaft, aber auch durch die Förderung kommunaler und privater Initiativen für die Dritte Welt besondere Möglichkeiten hätten, entwicklungspolitisch tätig zu werden. Die Konferenz habe beschlossen, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Schulen, Universitäten, bei den Landeszentralen für politische Bildung und bei anderen Bildungseinrichtungen zu verstärken.

„Wir suchen nach Verbündeten, die bereit sind, bei der Bewußtseinsveränderung in den Industrienationen mitzuhelfen, damit letztlich politische Strukturen zwischen Nord und Süd verändert werden können“, stellte Helmut Kupski, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, während des Treffpunktes im Landtag fest. Er verwies darauf, daß Nord und Süd ein gemeinsames Interesse an einer globalen Entwicklungspartnerschaft und eine gemeinsame globale Verantwortung haben.

Zu einer solchen globalen Verantwortung gehöre auch, daß die Industrieländer ihre eigenen Ansprüche an die Weltressourcen reduzieren und Produktion sowie den Verbrauch der globalen Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen unterordnen müßten. Kupskis Fraktionskollege Reinhold Hemker wies darauf hin, daß diesbezüglich das Regierungshandeln in den 90er Jahren kritisch begleitet werde.

## CDU-Fraktion

### Strukturhilfe 1989: Landesregierung hinkt hinterher

Von den neun Ländern, die nach dem Strukturhilfegesetz im Laufe von zehn Jahren insgesamt 24,5 Milliarden Mark an Bundesmitteln erhalten sollen, und damit besonders bedeutende Investitionen zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft vornehmen zu können, erhält Nordrhein-Westfalen mit jährlich 756 Millionen Mark den größten Betrag. Die anderen Länder erhalten: Bayern 158, Berlin 72, Bremen 63, Hamburg 113, Niedersachsen 652, Rheinland-Pfalz 272, Saarland 112 und Schleswig-Holstein 252 Millionen Mark jährlich. Nach dem Stand vom Oktober des Jahres hat Nordrhein-Westfalen die ihm zustehenden Mittel zu Grunde: NRW hat beim Bund, wie das Strukturhilfegesetz es erfordert, 1 077 Projekte angemeldet, wofür der Bund rund 655 Millionen Mark bereitstellen sollte. Von den 1 077 Projekten mußten vom Bund 173 Projekte abgelehnt werden, weil die Voraussetzungen nach dem Strukturhilfegesetz nicht vorlagen. Der Bund konnte danach lediglich von den beantragten 655 Millionen rund 580 Millionen Mark genehmigen. Das sind 76,7 Prozent des Nordrhein-Westfalen zustehenden Betrages von 756 Millionen Mark.

Kein anderes berechtigtes Land ist in dem Ausmaß bei seinen Anmeldungen hinter dem möglichen Betrag zurückgeblieben wie das Land Nordrhein-Westfalen. Im Gegenteil. Andere Länder haben mehr angemeldet als gesetzlich möglich war, um für eventuelle Ablehnungen Reserveprojekte in der Hinterhand zu haben. So haben Niedersachsen 695 bei möglichen 652 und Rheinland-Pfalz rund 288 bei möglichen 272 Millionen Mark angemeldet. Die CDU ist gespannt, wie die Landesregierung ihre von den übrigen betroffenen Ländern abweichende Haltung erklärt.

Die im Land NRW zur Zeit geförderten rund 900 Projekte habe ein Ausgabevolumen von einer Milliarde Mark. Davon tragen der Bund rund 580, die nordrhein-westfälischen Gemeinden 429 und das Land selbst 27,5 Millionen Mark. Der Bund übernimmt also 56 Prozent der nach dem Strukturhilfegesetz in Nordrhein-Westfalen förderfähigen Investitionskosten, die nordrhein-westfälischen Gemeinden 41 und das Land selbst weniger als drei Prozent.

Die Finanzhilfen des Bundes sollen für zusätzliche Investitionen der Länder und Gemeinden verwendet werden. Bereits bei den Beratungen über den ersten Nachtragshaushalt 1989 des Landes bestand der Verdacht, daß die Bundesmittel zur Entlastung des Landeshaushaltes und nicht für zusätzliche Maßnahmen eingesetzt werden. Dieser Verdacht findet jetzt in Teilbereichen seine Bestätigung: So werden bei zahlreichen Stellen im „normalen“ Landeshaushalt insgesamt über 100 Millionen Mark gestrichen. Diesen Kürzungen standen 1989 oder stehen im Haushaltsentwurf 1990 entsprechende Ansätze bei den Kapiteln für die Strukturhilfe des Bundes gegenüber. Hier besteht die große Gefahr, daß die Länder, die bekanntlich beim Bundesverfassungsgericht gegen das Strukturhilfegesetz klagen, „Prozeß-Munition“ erhalten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung gefährdet möglicherweise durch ihr eigenes Verhalten die weitere Gewährung der zum Ausgleich der geringeren Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen dringend benötigten Bundeshilfen.

## F.D.P.-Fraktion

### Erklärung zur Deutschlandpolitik

Die F.D.P.-Landtagsfraktion betrachtet den vom Bundeskanzler im deutschen Bundestag am 28. November 1989 vorgetragenen Plan zur Deutschlandpolitik, die dazu von den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD abgegebenen Erklärungen und den breiten Konsens im Deutschen Bundestag als Chance, die Einheit des deutschen Volkes zu verwirklichen, wie sie das Grundgesetz aufgibt.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion sieht in diesem Zehn-Punkte-Plan eine eindrucksvolle Bestätigung ihrer liberalen Außen- und Deutschlandpolitik, an der sie über Jahrzehnte hinweg und oft gegen große Widerstände konsequent festgehalten hat. Die F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt, daß der Deutsche Bundestag nun auf der Grundlage liberaler Außen- und Deutschlandpolitik zur Gemeinsamkeit von F.D.P., CDU/CSU und SPD gefunden hat.

In der heutigen weltgeschichtlichen Situation haben beide großen Parteien endlich gemeinsam anerkannt:

- daß die Politik des Dialogs und der Verträge mit dem Osten,
- daß die Politik der Menschen- und Bürgerrechte im KSZE-Prozeß,
- daß die Politik der beiderseitigen ausgewogenen Abrüstung,
- daß die Politik der europäischen Integration

ein zusammenhängendes, integriertes Konzept darstellen, mit dem die entscheidenden Schritte zur europäischen Friedensordnung und zur deutschen Selbstbestimmung eingeleitet wurden, und daß wir nur auf diesem Weg das Ziel der deutschen Einheit erreichen werden.

Dazu brauchen wir das Vertrauen unserer Partner und Nachbarn in West und Ost. Deshalb erkennen wir ohne Einschränkung das Recht des polnischen Volkes an, in sicheren Grenzen zu leben, die weder jetzt noch in Zukunft von uns Deutschen durch Gebietsansprüche in Frage gestellt werden dürfen.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## CDU-Abgeordnete als Kandidaten für die Landtagswahl 1990

Bei der Landesvertreterversammlung der CDU Nordrhein-Westfalen in Münster erhielten Unionsabgeordnete des Landtags als Kandidaten einen Platz auf der Landesreserveliste zur Landtagswahl am 13. Mai 1990. Die Ziffer in Klammern hinter den Namen bezeichnet die Listenposition.

Dr. Helmut Linsen (2), Ruth Hieronymi (3), Dr. Bernhard Worms (5), Lothar Hegemann (9), Dr. Hans-Ulrich Klose (10), Herbert Reul (11), Brunhild Decking-Schwill (12), Hans Wagner (14), Heinrich Dreyer (15), Hermann-Josef Arentz (16), Heinz Hardt (17), Leonhard Kuckart (19), Heinz Paus (22), Franz Püll (25), Beatrix Philipp (26), Helmut Diegel (27), Professor Dr. Horst Posdorf (28), Hildegard Matthäus (29), Werner Stump (30), Marlies Robels-Fröhlich (31), Peter Bensmann (32), Walter Neuhaus (33), Wolfgang Jaeger (37), Hanskarl von Unger (39), Georg Gregull (40), Wilhelm Lieven (41), Otti Hüls (42), Marie-Luise Woldering (46), Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (47), Hermann Kampmann (48), Helmut Harbich (49), Dr. Ottmar Pohl (52), Karl-Ernst Strothmann (53), Paul Mohr (57), Klaus-Dieter Stallmann (59), Anne-Hanne Siepenkothen (64), Horst Jäcker (65), Manfred Heinemann (69), Heinz-Helmich van Schewick (70), Heidi Busch (71), Rüdiger Goldmann (73), Werner Schumacher (74), Karl van Hall (76), Gerd Jacobs (78), Dr. Hans-Dieter Fischer (80), Hans-Joachim Menge (83), Albert Leifert (85), Wolfgang Faber (90), Joachim Erwin (93), Franz Riscop (96), Helmut Lindner (105), Leo Dautzenberg (112), Hans-Georg Weiß (123), Willi Lücke (159), Kurt Krebs (165).

Wie bereits berichtet, führt der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU und Bundesarbeitsminister, Norbert Blüm, die Landesreserveliste an.

★

**Anfang des Jahres** wird auf der stillgelegten Zeche Zollverein in Essen wieder gearbeitet: 30 Arbeitslose beginnen mit der Restaurierung des baufälligen Industriedenkmals. Damit die Zeche künftig Bergbaugeschichte von europäischem Rang präsentieren kann, sind zwei Gesellschaften, die „Bauhütte Zollverein“ und die „Beschäftigungsgesellschaft“, gegründet worden.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: \* 5 68 01 \*

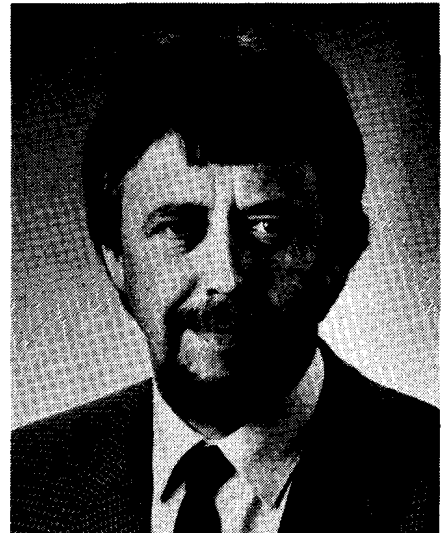
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Manfred Böcker (SPD)

Schon als Jugendlicher war Manfred Böcker vielseitig interessiert und ein Schuß Neugierde kam hinzu. Dieses Wesensmerkmal des Lipper Sozialdemokraten aus Augustdorf bestimmt auch heute noch seine Tätigkeit, ob in der Politik und im kulturellen Bereich oder einfach im Kontakt mit den Mitbürgern. Seine Unvoreingenommenheit schätzen denn auch die Gesprächspartner aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten und politischen Richtungen.

Geboren in Essen und aufgewachsen im Lipper Land, interessierte den heute 49jährigen schon während der Gymnasialzeit die Fliegerei, insbesondere deren Technik. So meldete er sich nach dem Abitur freiwillig zur Bundesluftwaffe und wurde im Luftsicherheitsbereich ausgebildet. Einige Jahre später wechselte Manfred Böcker zu einer amerikanischen Fluggesellschaft auf dem Frankfurter Flughafen. Freunde animierten ihn eines Tages zum Lehrerstudium. Er absolvierte die Pädagogische Hochschule in Bielefeld, legte die beiden Staatsprüfungen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ab. Zunächst war er dann als Lehrer, später bis zu seiner Wahl in den Landtag 1980 als Konrektor an der Hauptschule in Augustdorf tätig. Vielseitig interessiert, widmete sich der Pädagoge während dieser Zeit auch einem anderen Gebiet — dem Film. Mit ebenso viel Freude wie Erfolg drehte er Industrie- und Werbe-filme.

Dem Pädagogen und Filmemacher interessierte aber auch die Kommunalpolitik. 1969 in die SPD eingetreten, wurde er ein Jahr später in den Rat der Stadt Augustdorf gewählt. Die rund 8000 Einwohner zählende Gemeinde ist nicht nur die drittgrößte Garnisonsstadt in der Bundesrepublik, mit einem Anteil von 16 Prozent Aus-siedlern dürfte sie mit zu den Orten zählen, die die meisten Neubürger aufnehmen. Zusätzliche Probleme für eine Gemeinde. Als SPD-Fraktionsvorsitzender setzte sich Manfred Böcker vor allem für eine Verbesserung der Infrastruktur ein, nutzt die Bundeswehr doch rund die Hälfte der Gemeindefläche als Übungsgelände.

Als der Sozialdemokrat 1980 im Wahlkreis 115 Lippe III direkt in den Landtag gewählt wurde — wie übrigens auch fünf Jahre später —, schickte ihn seine Fraktion wunschgemäß in den damals neugegründeten Kulturausschuß, dessen stellvertretender Vorsitzender er heute ist. Als der kulturelle Bereich damals seine Eigenständigkeit innerhalb der Parlamentsgremien erhielt (Schule und Kultur waren bislang in einem Ausschuß zusammengefaßt), wurde die Notwendigkeit dieser Trennung von zahlreichen Abgeordneten angezweifelt. Inzwischen habe sich dieser

Schritt als richtig erwiesen, zeige sich doch immer stärker, welche große Bedeutung die Kultur für die Infrastruktur einer Kommune habe, urteilt der Parlamentarier. Sie sei auch ein Stück Wirtschaftspolitik, denn bei der Auswahl von Standorten für Neuansiedlungen sei auch das kulturelle Angebot ein mitentscheidender Faktor für die Unternehmen. Daher müsse Kultur „ortsnah“ sein.

Für den SPD-Abgeordneten gibt es schon heute keine andere Region in der Bundesrepublik, die über eine solche kulturelle Vielfalt verfügt wie Nordrhein-Westfalen. Stark engagiert, sieht der Lipper jetzt zwei Aufgaben in den Vordergrund gerückt: Einmal müsse sich das Land verstärkt um die Landestheater kümmern, „die Kulturpolitik ins ganze Land bringen“, und zum anderen müsse es die Filmförderung intensivieren. Impulse erwartet er von der Gründung der „Filmstiftung NRW“ und der Schaffung weiterer Ausbildungseinrichtungen für künstlerische Berufe. Im übrigen gebe es keinen Einzeletat im Landeshaushalt, der eine solche Steigerungsrate zu verzeichnen habe wie der für Kultur. Die Politik habe nach seiner Einschätzung die Bedeutung der Kultur erkannt. Daher dürfe sie auch nicht eine „Unterabteilung“ des Kultusministeriums sein, sondern sie müsse auch dort einen höheren Stellenwert erhalten.

Schließlich gehört der Sozialdemokrat auch dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsausschuß an. Auch in diesen Bereichen werden Manfred Böcker von seinen politischen Freunden wie Kontrahenten Sachkenntnis und Engagement bescheinigt. Bodenständig, sieht er sich insbesondere seiner Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet. So ist es für ihn wichtiger, beispielsweise einer Rentnerin zu helfen, als durch Parlamentsreden zu versuchen, am „großen Rad der Landespolitik“ zu drehen. Verheiratet und Vater von zwei Söhnen, ist Politik für ihn ein Hobby. Kein Beruf wie der des Abgeordneten biete so viele Möglichkeiten mit Menschen in Berührung zu kommen, ihnen zuzuhören. Dem mißt der Politiker Böcker hohen Stellenwert bei. Jochen Juretko

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 25. bis 31. 12. 1989

28. 12. **Marita Rauterkus** (SPD), 47 J.  
 28. 12. **Rüdiger Goldmann** (CDU), 48 J.  
 28. 12. **Karl van Hall** (CDU), 63 J.  
 29. 12. **Bodo Champignon** (SPD), 48 J.  
 30. 12. **Walter Grevener** (SPD), 59 J.  
 31. 12. **Herbert Schwirtz** (SPD), 60 J.  
 31. 12. **Jürgen Schaufuß** (SPD), 49 J.

★

**Dr. Hans-Ulrich Klose**, Landtagsvizepräsident, ist von der CDU zu ihrem Beauftragten und Koordinator für die vielfältigen Aufgaben berufen worden, die sich jetzt für die Hilfe in der DDR stellen.

★

**Hartmut Schauerte**, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, ist am 1. Dezember 1989 mit 89 Prozent der Stimmen zum neunten Mal als Kreisvorsitzender der CDU des Kreises Olpe bestätigt worden.

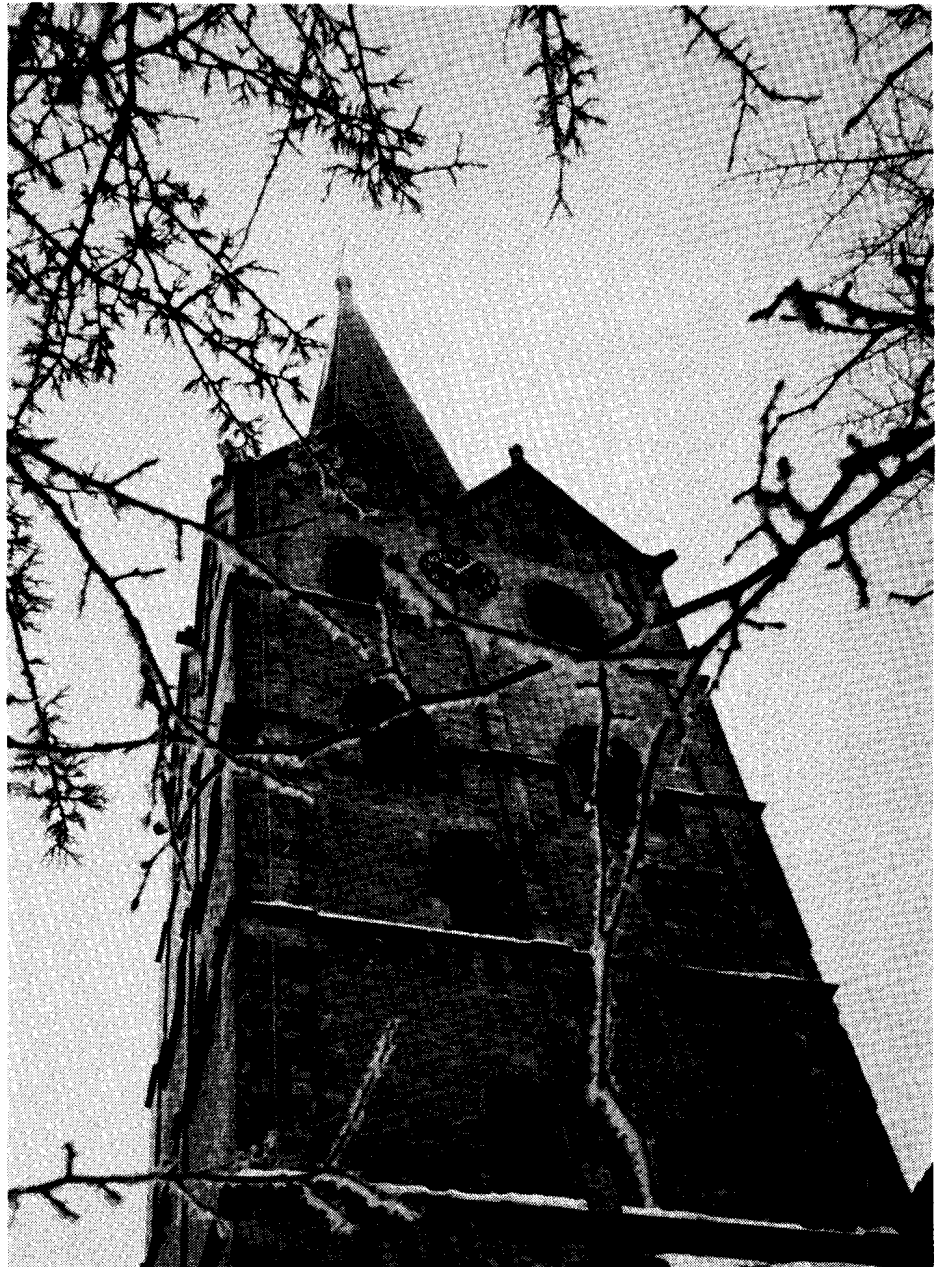
★

**Dr. Raghilt Berve**, Leitende Ministerialrätin bei der NRW-Gleichstellungsbeauftragten, wurde am 5. Dezember zur Regierungspräsidentin des Bezirks Arnsherg berufen. Sie übernimmt als derzeitige einzige Frau in diesem Amt am 15. Februar 1990 die Nachfolge von Richard Grünschlager, der aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand tritt. Frau Berve war nach ihrer Promotion als Architektin Akademische Rätin und Fachbeamtin für Landesplanung im Landesdienst und ist seit 1986 als Gruppenleiterin bei der Gleichstellungsbeauftragten tätig. Für den Arnshberger Regierungsbezirk sei eine herausragend qualifizierte Beamtin gewonnen worden, sagte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bei der Ernennung. Die Hobbyseglerin und künftige Präsidentin äußerte Freude über die neue Aufgabe.

★

**Professor Dr. Paul Mikat** (CDU), nordrhein-westfälischer Kultusminister in der fünften Wahlperiode von 1962 bis 1966, hat am 10. Dezember 1989 sein 65. Lebensjahr vollendet. Mikat wurde im Land wegen seiner „Mikätzchen“ populär, wie jene in Sonderkursen ausgebildeten Hilfslehrer im Volke hießen, mit denen der Kultusminister Mikat den damaligen chronischen Mangel an Pädagogen in den Volksschulen lindern wollte. Paul Mikat wurde 1924 im südwestfälischen Scherfede geboren, wollte ursprünglich Arzt werden, studierte aber nach seinem Einsatz bei der Kriegsmarine katholische Theologie, Philosophie, Germanistik und Geschichte sowie später Jura, worin er 1954 auch promovierte. Der damalige Ministerpräsident **Dr. Franz Meyers** (CDU) holte Mikat 1962 in sein Kabinett. Zu seinen Verbesserungen im Schulwesen des Landes NRW gehören die Reduzierung der alten Dorfschulen und neue Richtlinien für die damals noch existierende Volksschule. In seine Amtszeit fallen auch die Gründungen der Universitäten Bochum, Düsseldorf, Bielefeld und Dortmund. Nach 1969 wechselte Mikat in den Bundestag, dem er bis 1987 als Justitiar der CDU/CSU-Fraktion angehörte. Er stand mehrfach an der Spitze von Beraterkommissionen. Wegen seines hinterfragenden Humors in der Politik wurde er 1965 als 15. Ritter in den Aachener „Orden wider den tierischen Ernst“ aufgenommen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Ein Ort** der in Westfalen so typischen Hallenkirchen ist Herford, im Süden des gleichnamigen Kreises gelegene Kreisstadt an der Werre im Ravensberger Land, die in diesem Jahr ihr 1200jähriges Jubiläum gefeiert hat. Die Münsterkirche, die heutige Stiftskirche (im Bild), entstand von 1220 bis 1280, mehr als 400 Jahre nach dem ersten Bau. Neben dem Paderborner Dom ist sie der erste Hallengroßbau in Westfalen. Der spätromantische Kernbau der weiträumigen dreijochigen Hallenkirche mit zweitürmiger Westfassade, Querhaus und Chor ist bis heute erhalten geblieben. Die Johanniskirche, ebenfalls ein dreischiffiger Hallenbau mit Rundpfeilern, wurde bis 1360 vollendet. Sie ist bekannt wegen ihrer reichen Bestände an gotischer Glasmalerei der Fenster. Die Jakobikirche, eine dreischiffige Hallenkirche mit einem Westturm aus dem 14. Jahrhundert, weist eine reichgeschnitzte Kanzel auf. Der hochgotische Hallenbau der Marienkirche wurde nach dem Vorbild des Mindener Doms geschaffen. Diese ehemalige Kirche des Frauenstifts liegt an einem Hang oberhalb der Altstadt. In ihr sind ein geschnitzter Flügelaltar und eine stehende Muttergottes aus dem 14. Jahrhundert zu sehen. Alle Kirchen sind evangelisch. Jedoch nicht nur sie, sondern auch ein berühmter Sohn tragen zum guten Ruf der Stadt bei: Matthes Daniel Pöppelmann, Barockbaumeister und Schöpfer des Dresdner Zwingers, wurde in Herford geboren.